Auflösung Haushaltskosten



Alle Lebenskosten sind für ein Monat berechnet.

5	7)
- 2	9

Lisa-Marie	Familie Heinzelmann	Timo	Markus und Zeyna	Otto und Elke
> Studentin, 18 Jahre > hat einen Freund	> 2 Kinder (Simon 11 J. und Julia 13 J.)	> Landschaftsgärtner, 21 Jahre	> Markus: 26 Jahre, Bäcker > Zeyna: 27 Jahre, Sozlalar-	Otto: 67 J., Pensionist Elke: 69 J., Pensionistin
	> Vater (35 Jahre): KfZ-Mecha- niker,	> Single	beiterin > leben in einer Lebensgemein-	> zwei erwachsene Kinder
	> Mutter (35 Jahre): HS-Lehre- rin (Teilzeit)	•	schaft > noch keine Kinder	> Hund "Saskla"
Haushaltseinkommen	> Katze "Schnurli" Haushaltseinkommen inkl.	Haushaltseinkommen:	Haushaltseinkommen:	Haushaltseinkommen:
(Stipendium): € 600,	Familienbeihilfe: € 2.800,	€ 1.050,	€ 2.700,	€ 1.700,
Lebens		des täglichen B	edarfs üromaterial, Abos, Techn	dk)
Lebens	miriter, Kieldung, Korpe	ipitege, rutzen, bi	I I I I I I I I I I I I I I I I I I I	(IK,)
€ 352,	€ 1.080,	€ 380,	€ 728,	€ 624,
Wol	hnen (inkl. Strom, Was	ser, Heizung, Versi	cherung, Gemeindeabgat	oen)
5-Zimmer-Wohngemein- schaft (€ 1.100,)	4-Zimmerwohnung mit großem Garten	1-Zimmerwohnung mit Balkon	2-Zimmerwohnung mit Balkon	2-Zimmerwohnung mit Garten
€ 220,	€ 1.100,	€ 385,	€ 490,	€ 530,
		Telefon		
€ 15,	€ 105,	€ 20,	€ 55,	€ 30,
	1	Hobbys/Vereine		
> Aerobic an der Sportuni	> Eis laufen	> Modellbau	> Kino	> Schwimmen im See
> Lesen > Faulenzen	> Kinder-Karate > Rad fahren	> Kino > Ausgehlen	> Ausgehen > Feuerwehr	mit dem Hund > Wandern
	> Joggen	> Kochen für Freunde	> Klettern (auch im Ausland)	> Campen
	> Rettung	> eigener Garten	> Radtouren	
	> Kartenspiele	-	> backen	
€ 25,	€ 85,	€ 250,	€ 420,	€ 45,
		Mobilität		
> Bus/Zug	> Auto	> Moped	> Auto/Rad (Versicherung,	> Rad und Camping-
(Bus in der Stadt und Zug	(Versicherung, Treibstoff,	(Versicherung, Treib-	Treibstoff, Service, Ersatzteile,	wagen (Versicherung,
für die Fahrt vom Studi-	Service, Pickerl,)	stoff, Service, :))	Trelbstoff, Service,
enort nach Hause)				Unterstellplatz im
€ 55,	€ 350,	€ 65,	€ 370,	Winter,)
€ 33,==	€ 550,	€ 65,	€ 370,	€ 410,
		Gesamtausgabe	n	
€ 667,	€ 2.720,	€ 1.100,	€ 2.063,	€ 1.639,
	positive	er bzw. negativ	er Saldo	A
€ - 67,	€ +80,	€- 50,	€ + 637,	€+61,





Einnahmen-/Ausgabenliste





Um einen Überblick über sein Geld zu erhalten, ist eine Einnahmen-/Ausgabenliste ein gutes Hilfsmittel. Fragen dazu können lauten: Wofür gebe ich mein Geld eigentlich aus? Wofür spare ich? Wie teile ich mir mein Geld ein?

Aufgabe:

- 1. Trage alle Einnahmen und Ausgaben von den Personen aus deinem Fallbeispiel für ein Monat ein und errechne den Monatsüberblick.
- 2. Wie viel wurde verbraucht? Ist etwas übrig geblieben oder ist zu viel ausgegeben worden? Beantworte dazu die unten gestellten Fragen.

Summe Einnahmen	
Monatsüberblick	
Summe Einnahmen	
Summe Ausgaben	
frei verfügbarer Betrag	
•	











Plus statt Minus - so habt ihr euer Geld im Griff

Immer mehr junge Erwachsene sind überschuldet. Markenkleidung, Handy, Urlaub: Die Welt ist voller kostspieliger Verlockungen. Schnell kann man da den Überblick über seine Finanzen verlieren. Doch mit ein bisschen Planung und einigen Tricks und Kniffen behaltet ihr euer Geld im Griff.

Wann liegt eine Überschuldung vor?

Wenn eine Person mehr Geld ausgibt, als sie besitzt, macht sie Schulden. Kann sie die angehäuften Schulden nicht mehr abbezahlen, spricht man von einer Überschuldung. Vor allem junge Erwachsene geraten vermehrt in die Schuldenfalle – oft unbewusst. Laut dem SchuldnerAtlas Deutschland ist mehr als ein Viertel (26,9 Prozent) aller Schuldner jünger als 30 Jahre, 2004 waren es noch 15,9 Prozent. Viele junge Menschen leiden viele Jahre lang unter ihren Schulden, manche tragen diesen finanziellen Fehlstart ihr Leben lang mit sich herum.

Schuldnerzahl in Deutschland nach Altersgruppen

Altersgruppe	2004	2012	Abweichung 2004/2012
unter 20	53.000	216.000	+ 163.000
20 bis 29	989.000	1.561.000	+ 572.000
30 bis 39	1.731.000	1.692.000	- 39.000
40 bis 49	1.989.000	1.558.000	- 431.000
50 bis 59	1.226.000	1.028.000	- 198.000
60 bis 69	472.000	428.000	- 44.000
über 70	78.000	112.000	+ 34.000

Quelle: Verband der Vereine Creditreform e.V., SchuldnerAtlas Deutschland – Jahr 2012, Neuss 2012, S. 19

Schuldnerquoten in Deutschland nach Altersgruppen

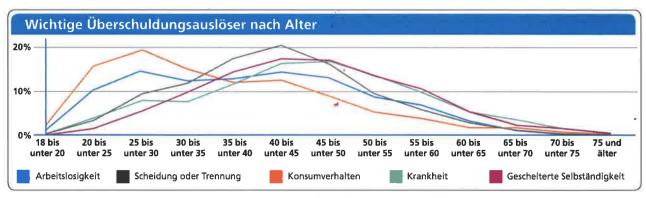
Altersgruppe	2004	2012	Abweichung 2004/2012
unter 20	0,41 %	1,65 %	+ 1,24
20 bis 29	7,55 %	11,93 %	+ 4,38
30 bis 39	13,21 %	12,93 %	- 0,28
40 bis 49	15,18 %	11,91 %	- 3,28
50 bis 59	9,36 %	7,85 %	- 1,5
60 bis 69	3,61 %	3,27 %	- 0,3
über 70	0,59 %	0,86 %	+ 0,26

Quelle: Verband der Vereine Creditreform e.V., SchuldnerAtlas Deutschland – Jahr 2012. Neuss 2012. S. 18

Gründe für eine Überschuldung

Es gibt viele Gründe, die zu einer Überschuldung führen können. Bei jungen Erwachsenen spielt vor allem das Konsumverhalten eine entscheidende Rolle. "[Die] Steuerung des Freizeitlebens durch Konsum und damit auch durch die Finanzen [ist] mitunter sehr problematisch. So möchte jeder im Wettbewerb in der Gruppe der Gleichaltrigen mithalten und ein modernes, wunderbares Smartphone haben oder die schönen Designerklamotten"¹, so der Jugend- und Bildungsforscher Prof. Dr. Klaus Hurrelmann.

¹Quelle: Verband der Vereine Creditreform e.V., SchuldnerAtlas Deutschland – Jahr 2011, Neuss 2011



Quelle: institut für finanzdienstleistungen e.V. mit Unterstützung von "Deutschland im Plus", iff-Überschuldungsreport 2011, S.24







Fallbeispiel: der Weg in die Schuldenkrise

Auch die 19-jährige Franziska ist in die Schuldenfalle getappt. Ein neuer Job, die erste eigene Wohnung: Anfangs sah alles gut aus. Doch die Tücken des Alltags holten Franziska schnell ein.

Pferde sind Franziskas große Leidenschaft. Nach ihrer Ausbildung zur Pferdewirtin bekommt sie eine Stelle auf einem Reiterhof. Es könnte nicht besser laufen. Franziska verdient 950 Euro netto im Monat und mietet sich eine kleine Wohnung für 300 Euro Warmmiete. Sie gönnt sich eine neue Schlafcouch und zahlt dafür eine monatliche Rate von 50 Euro. Bleiben noch 600 Euro. Wenn sie davon die Kosten für Strom, Internet und Handy abzieht, schätzt sie, dass ihr noch 450 Euro zum Leben bleiben. Zunächst erscheint ihr das viel, doch alles ist teurer als gedacht; besonders Lebensmittel und Klamotten. Schon bald übersteigen ihre Ausgaben ihre Einnahmen. Sie überzieht ihr Konto und das Minus wird von Monat zu Monat größer. Dann kommt die erste Mahnung wegen der unbezahlten Rate für die Schlafcouch. Doch das ist nicht alles: Der Pferdebetrieb muss schließen, Franziska verliert ihren Job. Zu diesem Zeitpunkt hat sie bereits 1.200 Euro Schulden.

Quelle: vgl, www.checked4you.de > Themen > Geld + Job > Geld > Vom Traumjob in die Schuldenkrise

Die eigenen Finanzen im Griff – der Einnahmen-Ausgaben-Plan

Damit ihr nicht in die Schuldenfalle tappt, ist es wichtig, euer Taschengeld und eure sonstigen Einnahmen richtig einzuteilen. Ein Einnahmen-Ausgaben-Plan hilft euch, die eigenen Finanzen im Blick zu behalten. Dabei werden alle Einnahmen und Ausgaben aufgelistet und einander gegenübergestellt. Anschließend zieht man die Summe aller Ausgaben von der Summe aller Einnahmen ab. Ein positives Ergebnis zeigt euch, dass ihr noch Geld zur Verfügung habt, ein negatives Ergebnis bedeutet, dass ihr Schulden macht. Hier muss schnellstens gehandelt werden.

Einen solchen Einnahmen-Ausgaben-Plan könnt ihr sowohl bezogen auf einen wöchentlichen, monatlichen als auch jährlichen Zeitraum anlegen. Tipp: Geld, das am Ende übrig bleibt, könnt ihr sparen und später zum Beispiel für größere Anschaffungen verwenden.

Beispiel eines monatlichen Einnahmen-Ausgaben-Plans

Einn	ahmen in Euro (im Monat)	
Regelmäßige	Taschengeld	30
Einnahmen	Nebenjob	20
Unregelmäßige	Geldgeschenke	15
Einnahmen	Ferienjob	0
	Sonstiges	0
Einnahmen gesamt		65
Aus	gaben in Euro (im Monat)	
Regelmäßige Ausgaben	Mitgliedsbeiträge (zum Beispiel im Sportverein oder in einem Fanclub), Abonnements	0
Unregelmäßige Ausgaben	Handy	10
	Bekleidung	15
	Zeitschriften, Bücher, Musik	10
	Schulkiosk, Snacks, Getränke	10
	Ausgehen, Kino	15
	Sonstiges	0
Ausgaben gesamt	To the second second	60
Bilanz	65 € - 60 € = 5 €	

Hier ist Vorsicht angesagt: typische Kostenfallen

- Billigflüge, Last-Minute-Angebote oder All-inclusive-Urlaub versprechen eine preiswerte Urlaubszeit. Viele denken dabei aber nicht an "versteckte" Kosten, die auf einen zukommen können: Flugnebenkosten, Reiseversicherungen, Kurtaxe, Visumgebühren, Daten-Roaming, etc.
- Das Taschengeld ist ausgegeben das Sparschwein geplündert. Trotzdem möchtet ihr gerne mit euren Freunden Eis essen gehen oder an den See fahren. Man könnte sich ja kurzfristig ein paar Euro von einem Freund leihen. Aber Vorsicht: Leiht euch lediglich in absoluten Notfällen Geld und nur, wenn ihr es auch zurückzahlen könnt.
- Schnell noch von unterwegs die E-Mails checken, eine SMS versenden oder den angesagten Klingelton herunterladen: Leicht verliert man da die Kosten aus den Augen und die monatliche Handyrechnung fällt höher aus als gewollt. Es ist wichtig, dass ihr euch ein Limit setzt – noch wichtiger ist aber, dass ihr euch daran haltet!





- Mit Beginn der Volljährigkeit könnt ihr im Regelfall einen Dispokredit aufnehmen, das heißt, das eigene Konto bis zu einer bestimmten Höhe überziehen. Doch aufgepasst: Leiht man sich Geld von der Bank, so muss man im Gegenzug dafür Zinsen bezahlen. Und ein Dispokredit eignet sich nur für unvorhergesehene, kleine und schnell vorübergehende finanzielle Engpässe.
- Nur 13 Euro monatlich und nach 32 Monaten könnt ihr die digitale Spiegelreflexkamera euer Eigen nennen. Das klingt verlockend – doch ein Ratenkauf muss gut überlegt sein, denn die Raten werden regelmäßig – in diesem Beispiel monatlich – fällig, und dann müsst ihr sie auch immer bezahlen können.

Aufgaben

 Plenum: Erstellt mit Hilfe der Wortwolke eine Checkliste, die euch darin unterstützt, euer Geld richtig einzuteilen und den Überblick über eure Finanzen zu behalten.

Freizeit & Fun Mitgliedsbeiträge
Überblick Zukunftsvorsorge

Schuldenfallen Preisvergleich
Lebenskrise Arbeitslosigkeit
Ratenkauf Wünsche Abos
tauschen/ersteigern Statussymbol
Einkommen/Ausgaben

Notfälle Werbeversprechen

Sparfuchs Vertragslaufzeiten Konsum Schülerjobs Hilfe

Kleingedrucktes Gruppenzwang

Sparen Wissen um Finanzen

 Plenum: Analysiert auf Grundlage der Grafiken "Schuldnerzahl in Deutschland nach Altersgruppen", "Schuldnerquoten in Deutschland nach Altersgruppen" sowie "Gründe für eine Überschuldung", welche Auslöser für eine Überschuldung in den einzelnen

Markenartikel

Altersgruppen verantwortlich sind. Warum ist die Schuldnerquote bei einigen Altersgruppen höher als bei anderen? Bezieht auch das Zitat des Jugend- und Bildungsforschers Hurrelmann in eure Überlegungen mit ein.

- 3. Plenum: Schaut euch die "typischen Kostenfallen" an. Welche weiteren Beispiele fallen euch ein?
- 4. Einzelarbeit/Plenum: Erstellt auf Basis der nachfolgenden Angaben jeweils einen Einnahmen-Ausgaben-Plan für Maike und Niklas. Orientiert euch dabei an dem beispielhaften Einnahmen-Ausgaben-Plan auf dem Arbeitsblatt. Wie wirtschaften die beiden mit ihrem Geld? Was würdet ihr Maike und Niklas raten?
 - a) Maike (Angaben pro Monat): Taschengeld (30 Euro),
 Schulkiosk (12 Euro), Kino und Ausgehen (18 Euro),
 Nebenjob (10 Euro), Handy (15 Euro)
 - b) Niklas (Angaben pro Monat): Taschengeld (25 Euro), Nebenjob (20 Euro), Sport (12 Euro), Handy (8 Euro), Kleidung (15 Euro)
 - c) Niklas möchte sich eine Spielekonsole im Wert von 250 Euro kaufen. Berechnet, wie lange Niklas das auf Basis seines Einnahmen-Ausgaben-Plans verfügbare Geld zurücklegen muss, um sich diesen Wunsch aus eigenen Mitteln erfüllen zu können und vergleicht eure Ergebnisse im Klassenverband.
- 5. Partnerarbeit/Plenum: Lest euch das Fallbeispiel durch. Was kann Franziska tun? Recherchiert im Internet nach Wegen aus der Überschuldung. Was raten Experten und Verbraucherzentralen? An wen kann sich Franziska wenden? Wie sollte sie vorgehen? Erstellt dazu ein Wandplakat und präsentiert dieses im Klassenverband.

Internet und Literatur

- Online-Einnahmen-Ausgabenplan
 www.checked4you.de > Themen > Geld + Job > Geld > Der
 interaktive Budgetplaner
- Handy-Budgetplaner der Stiftung Deutschland im Plus www.deutschland-im-plus.de > Apps
- START FRE!! Präventionsprogramm gegen Jugendüberschuldung
 www.frei-starten.de
- Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung www.meine-schulden.de







Staatsbankrott oder: Kann ein Staat Pleite gehen?

Ist ein Unternehmen zahlungsunfähig, dann ist es nicht mehr in der Lage, seine fälligen Zahlungspflichten zu erfüllen. Nichts geht mehr: Rechnungen können nicht beglichen werden, Maschinen stehen still, Mitarbeiter müssen entlassen werden. Auch Privatpersonen können zahlungsunfähig werden. Sowohl bei Unternehmen als auch bei Privatpersonen sieht unsere Rechtsordnung die Möglichkeit – teilweise auch die Pflicht – zur Durchführung eines Insolvenzverfahrens vor, dessen Ziel die gleichmäßige Befriedigung der Gläubiger ist. Aber kann auch ein Staat Pleite gehen? Wie kommt es dazu und was passiert, wenn er vor dem Bankrott steht?

M1: Was ist ein Staatsbankrott?

"Ein Staat ist bankrott, wenn er Schuldenrückzahlungen oder Zinszahlungen ganz oder auch nur teilweise in der ursprünglich vereinbarten Höhe nicht pünktlich leistet. Neben den eigenen Schulden des Staates gilt dieses Kriterium auch für Schulden des privaten Sektors, die durch staatliche Garantien gedeckt sind. Ein Staatsbankrott kann auch dadurch sichtbar werden, dass Bankeinlagen zwangsweise eingefroren werden und/oder dass Einlagen in ausländischer Währung zwangsweise in die heimische Währung umgewandelt werden."

Quelle: Reinhart C.M. und K.S. Rogoff (2009), This Time is Different, Princeton University Press, Princeton; zitiert nach: Abberger, Klaus; Was ist ein Staatsbankrott?; in: ifo-Schnelldienst; Heft 7/2010, Seite 37.

M2: Wann wird aus einer Staatsverschuldung ein Staatsbankrott?

Gibt ein Staat mehr Geld aus, als er unter anderem über Steuern oder Abgaben einnimmt, muss er sich Geld leihen. Die Geldgeber (Gläubiger) können dabei private Anleger, Unternehmen, Banken oder Kreditgeber im Inland (Inlandsschulden) oder internationale Anleger aus dem Ausland (Auslandsschulden) sein. An sie verkauft der Staat Anleihen oder nimmt Kredite auf. Er verschuldet sich. Je besser seine Bonität, also die Fähigkeit und Bereitschaft ist, seinen Zahlungsverpflichtungen vollständig und fristgerecht nachzukommen, desto niedriger sind seine Zinsraten, die er seinen Gläubigern zahlen muss.

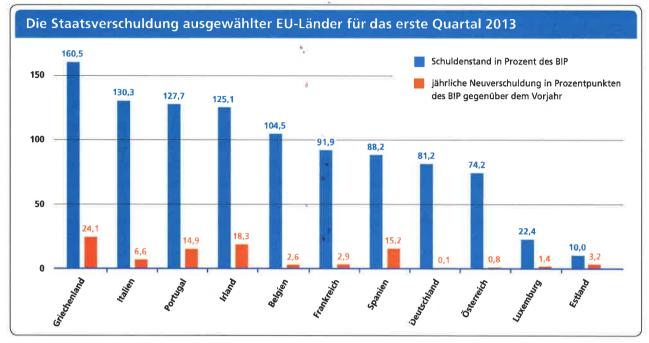
Gerät nun ein Staat in wirtschaftliche Schwierigkeiten, sinkt das Vertrauen seiner Geldgeber. Sie glauben nicht mehr an die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftskraft eines Landes, die sich im Bruttoinlandsprodukt (BIP) ausdrückt. Das Risiko, ihr an den Staat geliehenes Geld nicht zurückzubekommen, steigt. Sie verlangen deshalb zunächst für neue Kredite des Staates Risikoaufschläge in Form von höheren Zinsen. Diese belasten den geschwächten Staatshaushalt zusätzlich und die Zahlungsfähigkeit des Landes verschlechtert sich weiter. Gelingt es dem Staat dann in der Folge nicht, seine auslaufenden Altschulden zurückzuzahlen und im Anschluss neu zu finanzieren und so zahlungsfähig zu sein, da er nun das Vertrauen seiner Gläubiger völlig verloren hat, wird er zahlungsunfähig. Er ist bankrott.

Schon gewusst?

Maße für die Verschuldung eines Landes sind unter anderem die Höhe der Neuverschuldung und die Verschuldungsquote. Die Verschuldungsquote wird in Prozent angegeben und berechnet sich aus dem Verhältnis von Schuldenstand und nominalem Bruttoinlandsprodukt (BIP). Laut EU-Vertrag darf die Gesamtverschuldung für die EU-Mitgliedsstaaten maximal 60 Prozent des BIP betragen. Die jährliche Neuverschuldung darf drei Prozent des BIP nicht übersteigen. Die Nichteinhaltung dieser Vorgaben kann durch die europäische Staatengemeinschaft bestraft werden.







Quelle: Eurostat; Pressemitteilungen; STAT 13/114 vom 22. Juli 2013; Seite 4.

M3: Staatsbankrott ist nicht gleich Staatsbankrott

Aus ökonomischer Sicht gibt es verschiedene Auslöser für die Zahlungsunfähigkeit eines Landes. Sie können sowohl allein als auch in Kombination dafür sorgen, dass ein Staat seine Ausgaben nicht begleichen kann. Typische Auslöser sind:

1. Zahlungsunfähigkeit aufgrund von Liquiditätskrisen Hier sind Staaten durch plötzlich auftretende und die Finanzkraft eines Landes übersteigende Zahlungsverpflichtungen für einen bestimmten Zeitraum zahlungsunfähig. Auslöser können zum Beispiel Naturkatastrophen oder Reparationszahlungen als Folge von Kriegen sein, die enorme finanzielle Mittel verlangen. Ein anderes Beispiel wäre der Zusammenbruch des Bankensystems eines Landes mit der Folge der Verstaatlichung der Banken, wodurch plötzlich enorme Summen durch den Staat aufzubringen wären, um die in Schieflage geratenen Banken zu finanzieren. Dies passierte beispielsweise 2008 in Island. Überbrückungskredite, zum Beispiel durch andere Länder oder den Internationalen Währungsfonds (IWF), können hier eine Lösung sein. Dies war zum Beispiel bei Island der Fall.

- 2. Zahlungsunfähigkeit aufgrund von Solvenzproblemen Hier sind die Schulden eines Staates so groß, dass er zahlungsunfähig und damit überschuldet ist. Ursache kann ein über die Zeit zunehmendes Haushaltsdefizit sein. Dieses kann beispielsweise hervorgerufen werden durch:
 - eine Zunahme staatlicher Investitionen, zum Beispiel in Konjunkturprogramme zur Wirtschaftsförderung,
 - eine Erhöhung der Sozialleistungen, beispielsweise hervorgerufen durch einen starken Anstieg der Arbeitslosenzahlen oder durch den demografischen Wandel.
 - sinkende Steuereinnahmen aufgrund von konjunkturellen Abschwüngen, Arbeitslosigkeit oder Abwanderung,
 - Misswirtschaft.

Einschneidende Sparmaßnahmen stehen dann an. So werden auf der einen Seite die Ausgaben gesenkt: Löhne, Gehälter und Renten könnten gekürzt werden; Sozialleistungen oder Infrastruktur werden vom Staat nicht mehr oder nur noch eingeschränkt zur Verfügung gestellt. Auf der anderen Seite werden die Staatseinnahmen gesteigert, indem etwa Steuern erhöht werden.







Solche tiefgreifenden Schritte sind allerdings auch mit dem Risiko einer wirtschaftlichen Rezession oder politischen Unruhen der Bürger verbunden. Deshalb muss der Staat genau überlegen, was er seinen Bürgern abverlangen will und kann.

3. Zahlungsunfähigkeit aufgrund einer politisch gewollten Weigerung, alte Schulden zu bezahlen

Denkbar wäre ein solcher Fall beispielsweise bei politischen Umstürzen oder einem Wechsel des politischen Regimes.

Auch Wirtschafts- und Finanzkrisen und die damit verbundenen hohen Kosten für die Stabilisierung der Wirtschaft oder zur Rettung von Unternehmen und Banken können zu Staatsschulden führen.

Schon gewusst?

Staatspleiten sind kein Phänomen unserer Zeit. In den vergangenen 800 Jahren war fast jedes Land mindestens einmal zahlungsunfähig und konnte seine Schulden gegenüber inländischen und ausländischen Gläubigern nicht mehr begleichen. Spanien war bis heute dreizehn Mal, und Griechenland schon sechs Mal bankrott. Frankreich verzeichnete zwischen 1500 und 1800 insgesamt acht Staatspleiten. Seit dieser Zeit war es jedoch nie wieder insolvent. Deutschland war bisher insgesamt acht Mal zahlungsunfähig, meist aufgrund von Kriegen, die die Rückzahlung von Krediten verhinderten – das letzte Mal 1948. In der jüngeren Geschichte traf es unter anderem Brasilien im Jahr 1999, Argentinien im Jahr 2001 oder Island im Jahr 2008. Im Rahmen der aktuellen europäischen Staatsschuldenkrise griffen die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) unter Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF) Ländern wie Griechenland, Irland, Portugal oder Spanien finanziell unter die Arme. Die finanziellen Hilfszahlungen in Form von Notkrediten und Notbürgschaften hatten das Ziel, bedrohliche finanzielle Engpässe in diesen Ländern zu verhindern.

M4: Private Insolvenz versus Staatsbankrott – Wo liegen die Unterschiede?

Der größte Unterschied zwischen einem Staatsbankrott und der Zahlungsunfähigkeit von Unternehmen oder privaten Haushalten liegt darin, dass es für Letztere gesetzliche Reglungen gibt. So regelt in Deutschland die Insolvenzordnung (InsO), wie die Schulden zu begleichen sind. Für Staaten gibt es dagegen keinen Rechtsrahmen. Die Gläubiger wissen also nicht zuverlässig, ob, wann und in welcher Höhe sie ihr Geld zurückbekommen. Aus diesem Grund ist ihr Vertrauen darauf, dass der überschuldete Staat seine Schulden zurückzahlen wird, elementar.

Åuch wenn es keinen rechtlichen Rahmen für Staaten in Zahlungsschwierigkeiten gibt, so können sie sich an eine internationale Institution wenden: den Internationalen Währungsfonds (IWF). Er gewährt unter anderem Finanzhilfen, um Länder mit Zahlungsschwierigkeiten und bei ihren wirtschaftlichen Reformen zu unterstützen. Die Staaten erhalten aber nur unter der Voraussetzung einen Kredit, dass sie Reformkonzepte vorlegen. Diese werden vom IWF regelmäßig auf deren Umsetzung kontrolliert.







Aufgaben

- Einzelarbeit/Plenum: Lesen Sie sich die Definition f
 ür den Begriff "Staatsbankrott" in M1 durch. Erl
 äutern
 Sie anschließend mit eigenen Worten, was Sie unter
 dem Begriff verstehen.
- 2. Einzelarbeit/Plenum: Laut EU-Vertrag darf die Verschuldungsquote eines Landes maximal 60 Prozent des BIP und die jährliche Neuverschuldung nicht mehr als drei Prozent des BIP betragen. Schauen Sie sich die Grafik "Die Staatsverschuldung ausgewählter EU-Länder für das erste Quartal 2013" an. Was fällt Ihnen auf? Erörtern Sie auf dieser Grundlage, welche EU-Staaten die Stabilitätskriterien einhalten und welche nicht. Begründen Sie Ihre Aussage. Was sagt dies über die Wirksamkeit der EU-Stabilitätskriterien aus?
- 3. Gruppenarbeit/Plenum: Schauen Sie sich in M3 die zentralen Auslöser für eine Staatspleite an. Bilden Sie je auslösenden Faktor eine Kleingruppe.

- a) Recherchieren Sie für Ihren zu bearbeitenden Auslöser typische Länder. Haben Sie dabei sowohl die Gegenwart als auch die Geschichte im Blick.
- b) Befassen Sie sich mit einem Land Ihrer Wahl näher,
- c) Stellen Sie Ihre Ergebnisse in einem Kurzreferat in der Klasse vor.
- 4. Gruppenarbeit/Plenum: Nicht nur Staaten, Betriebe oder Unternehmen, sondern auch private Haushalte können sich überschulden und so zahlungsunfähig werden. Vervollständigen Sie die unten stehende Tabelle. Nutzen Sie zur Recherche die Insolvenzordnung unter http://www.gesetze-im-internet.de/inso/. Holen Sie zusätzlich Informationen einer Schuldnerberatungsstelle in Ihrer Nähe ein.

Kriterium	private Überschuldung	staatliche Überschuldung
rechtliche Grundlage		kein rechtlicher Rahmen; Rechte/Pflichten von Gläubigern und Schuldnern sind nicht festge- schrieben
Liquidierung von Vermögenswerten		Staatsvermögen (z.B. staatliche Unternehmen und Betriebe, Immobilien, Rohstoffe, Gold- reserven) kann nur bedingt in Geldwerte umgewandelt werden
Restschuldenerlass	4	keine vorgeschriebene Regelung
Verringerung der Schulden		unter anderem bei Währungs- souveränität durch Druck neuer Banknoten möglich
überwachende/voll- streckende Person oder Institution	(kein Gericht oder internationaler Gerichtsvollzieher vorhanden

Quelle: eigene Darstellung





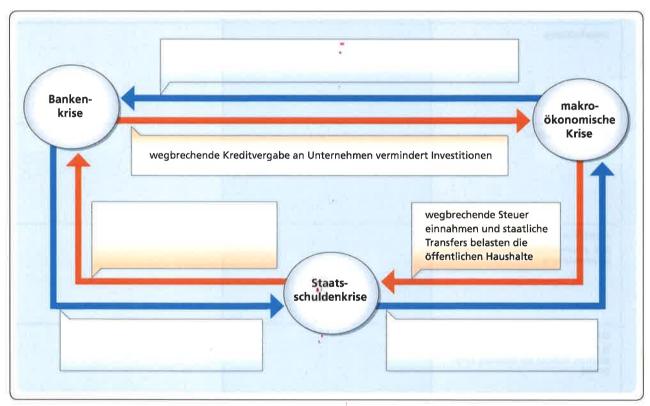


5. Einzelarbeit: Der Euroraum sieht sich aktuell drei grevierenden und zugleich eng miteinander verbundenen Problemfeldern gegenüber: einer Staatsschuldenkrise, einer Bankenkrise und einer makroökonomischen Krise. Besonders kritisch ist es dabei, dass sich diese Krisen wechselseitig verstärken und somit in einer Vertrauenskrise münden, die die Stabilität der Währungsunion insgesamt in Frage stellen könnte. Vervollständigen Sie dazu das nachfolgende Schaubild. Setzen Sie folgende Textbausteine ein:

Wirtschaftlicher Abschwung führt zu Kreditausfällen

Bankenrettung durch den Staat verschlechtert die Finanzsituation öffentlicher Haushalte

Staatliche Haushaltskonsolidierung schwächt Binnennachfrage Ausfall von Staatsanleihen verschlechtert Bankenbilanz



Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Nach dem EU-Gipfel: Zeit für langfristige Lösungen nutzen; Sondergutachten gemäß § 6 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Statistisches Bundesamt; Wiesbaden; Juli 2012; Seite 1.







6. Plenum: Erörtern und diskutieren Sie in der Klasse die Chancen und Risiken, die mit den verschiedenen Maßnahmen verbunden sind und die aus einer Schuldenkrise führen können. Tragen Sie Ihre Ergebnisse in der entsprechenden Spalte der Tabelle ein.

Maßnahme	Chancen	Risiken
Beispiel Haushaltskonsolidierung	Einnahmen-Ausgaben-Bilanz des Staates wird saniert ↓	 Entlassungen der Staatsbediensteten, Kürzung von Sozialleistungen und staatlichen Investitionen, Schwächung (Binnennachfrage), Proteste in der Bevölkerung, Abwanderung
Privatisierung von Staatsvermögen		
Umschuldung		
Geld nachdrucken		
Austritt aus einem Währungsraum (z.B. aus dem Währungsraum der Euro- päischen Union)		
Stützungsmaßnahmen (z.B. Hilfskredite, internationale Bürg- schaften, Aufkauf der Anleihen, Euro- Bonds)		
Regulierung der Finanzmärkte (z.B. über Finanzmarktsteuer, Mindest- reservepflicht für Banken, Schranken gegenüber hochspekulativen Finanztrans- aktionen, Finanzaufsicht)	(f = 0 = 0) (f = 0 = 0)	







Maßnahme	Chancen	Risiken
Kapitalverkehrsbeschränkungen		
Schulden- bzw. Zinserlass		
Konjunkturprogramme		
Zwangsanleihen, Vermögensabgabe		
Steuererhöhungen		

Internet und Literatur

- Internetauftritt der Bundesregierung; unter dem Eintrag "Euro" finden sich zahlreiche Informationen rund um die Themen "Europäische Finanzhilfen" und "Regulierung der Finanzmärkte": www.bundesregierung.de > "Themen" > "alle Themen" > "Euro"
- Website des Bundesministeriums der Finanzen, mit einem Überblick zur Stabilisierung des Euroraums:
 www.bundesfinanzministerium.de > "Themen" > "Europa" > "Stabilisierung des Euroraums"
- Englischsprachige Homepage des Internationalen W\u00e4hrungsfonds (IWF) mit zahlreichen Informationen zu Aufgaben, Struktur und aktuellen Entwicklungen: www.imf.org
- Videobeitrag "Kann ein Staat pleite gehen?" aus der WDR-Reihe "Quarks & Co". Darin werden unter anderem auch die Unterschiede zwischen einer Privatinsolvenz und einer Staatspleite erklärt: www.wdr.de/tv > Suchbegriff: "Kann ein Staat pleite gehen?"
- Dossier "Finanzmärkte der Bundeszentrale für politische Bildung": www.bpb.de > "Politik" > "Finanzmärkte"
- Reinhard, C.M.; Rogoff, K.; Dieses Mal ist alles anders Acht Jahrhunderte Finanzkrisen; München 2010.





Lösungsblatt für die Lehrkraft

Aufgabe 4

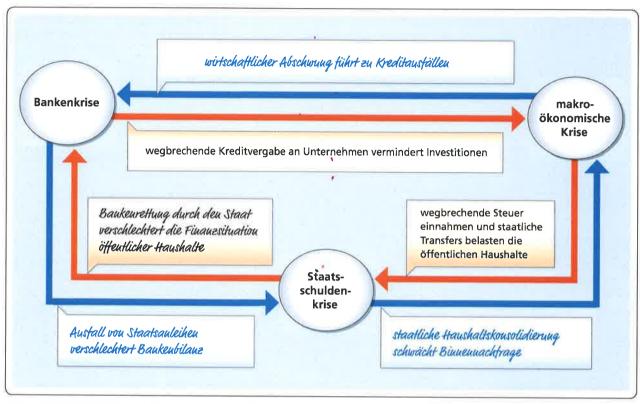
Kriterium	private Überschuldung	staatliche Überschuldung
rechtliche Grundlage	zentrale Inhalte: Insolvenzordnung als rechtlicher Rahmen Rechte/Pflichten von Gläubigern und Schuldnern sind festgeschrieben	kein rechtlicher Rahmen; Rechte/Pflichten von Gläubigern und Schuldnern sind nicht fest- geschrieben
Liquidierung von Vermögenswerten	 vermögensaufstellung ist notwendig Vermögen des Schuldners wird verwertet und der Erlös unter den Gläubigern verteilt mit Hilfe eines Insolvenzplans kann aber auch eine Sanierung des Unternehmens versucht werden mit Ende des Insolvenzverfahrens wird das schuldnerische Unternehmen aufgelöst, es sei denn, es gelingt im Rahmen eines Insolvenzplans eine Sanierung nach Durchführung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen einer natürlichen Person kann – unter weiteren Voraussetzungen und nach Ablauf bestimmter Fristen – Restschuldbefreiung erteilt werden 	Staatsvermögen (z.B. staatliche Unternehmen und Betriebe, Immobilien, Rohstoffe, Gold- reserven) kann nur bedingt in Geldwerte umgewandelt werder
Restschuldenerlass	zentrale Inhalte: auf Antrag Erlass der Restschulden nach drei Jahren für natürliche Personen; wenn es dem Schuldner gelingt, innerhalb dieser Zeitspanne mindestens 25 Prozent der Gläubigerforderungen sowie die entstandenen Verfahrenskosten zu zahlen für juristische Personen kein Restschuldenerlass, sondern Auflösung des Unternehmens, wenn eine Sanierung nicht gelingt	keine vorgeschriebene Regelung
Verringerung der Schulden	zentrale Inhalte: • ist nur durch Rückzahlung möglich	unter anderem bei Währungs- souveränität durch Druck neuer Banknoten möglich
überwachende/voll- streckende Person oder Institution	zentrale Inhalte: Insolvenzverwalter verwaltet und verfügt über die Insolvenzmasse; er vertritt die Interessen der Gläubiger und verwertet das zur Insolvenzmasse gehörende Vermögen Insolvenzgericht (Amtsgericht) überwacht die Tätigkeit des Insolvenzverwalters Insolvenzgericht beruft eine Gläubigerversammlung ein, in der der Insolvenzverwalter Bericht über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens zu erstatten hat	kein Gericht oder internationale Gerichtsvollzieher vorhanden







Aufgabe 5



Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Nach dem EU-Gipfel: Zeit für langfristige Lösungen nutzen; Sondergutachten gemäß § 6 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Statistisches Bundesamt; Wiesbaden; Juli 2012; Seite 1.





"Financial Education"

UNTERRICHTSMATERIALIEN FÜR: GESCHICHTE/SK/PB (AHS)

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

FACH & SCHULSTUFE	Geschichte/SK/PB: Oberstufe	
UNTERRICHTSEINHEITEN	3 zu je 50 Minuten	
THEMENGEBIET	Wirtschaftskrisen	
LEHRPLANBEZUG	- Arbeitswelt, Entwicklung der Arbeitsteilung und Formen des Wirtschaftens (Naturalwirtschaft, Tauschwirtschaft [] Entstehung des Marktes [])	
	- Die SchülerInnen sollen	
	Wirtschaftskrisen seit 1929 zeitlich einordnen und beschreiben können (N2)	
ANGESTREBTE KOMPETENZEN¹	die Entstehung der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 beschreiben (N2) und kritisch analysieren können (N3)	
	die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschafts- krise auf die weltweite Bevölkerung reflektieren können (N3)	
FÄCHERÜBERGREIFENDE KOMPETENZEN	Analysekompetenz	
BEZUG ZU ANDEREN FÄCHERN	Geographie & WK: Finanzmarkt & Finanz- und Immobilienkrise, Finanzmarkt und Vermögenslage	
VORGELAGERTE INHALTE IN DERSELBEN SCHULSTUFE	Deutsch: Textkompetenz (Techniken der raschen und zielgerichteten Informationsentnahme anwenden); Geographie & WK: Anlageformen/Börse	

¹ Angabe des Kompetenzniveaus (N) von 1 bis 3, wobei 1=erinnern, 2=verstehen, 3=Bearbeiten von Problemen





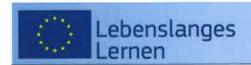
"Financial Education"

UNTERRICHTSMATERIALIEN FÜR: GEOGRAPHIE & WIRTSCHAFTSKUNDE (AHS)

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

FACH & SCHULSTUFE	Geographie & Wirtschaftskunde: 9. Schulstufe (5. Klasse/Oberstufe)
UNTERRICHTSEINHEITEN	3 zu je 50 Minuten
THEMENGEBIET	Finanzmarkt & Finanz-/Immobilienkrise Bank- und Bankgeschäfte; Geldkreislauf; EZB; Aktienmarkt; Börse; Auslöser/Auswirkungen der Finanzkrise
LEHRPLANBEZUG	Die internationalen Geldströme analysieren und ihre Bedeutung für die unterschiedliche Entwicklung von Regionen erfassen
ELITO DANDEZOG	 Die Bedeutung der Märkte und der Preisbildung für die Verteilung knapper Güter und für die grenzenlosen Bedürfnisse erkennen
	□ Die SchülerInnen sollen
	den Geldkreislauf erklären (N2) und grafisch darstellen (N3) können
	volkswirtschaftliche Funktionen von Banken ableiten können (N2)
	die Aufgaben der Europäischen Zentralbank und deren Auswirkungen erläutern können (N2)
	wichtige Begriffe zum Thema "EZB" beschreiben können (N2)
ANGESTREBTE KOMPETENZEN¹	Bankgeschäfte nennen (N1) und beschreiben können (N2)
	Rechte und Pflichten für Banken und BankkundInnen nennen können (N1)
	einfache Veranlagungsprodukte beschreiben können (N2)
	die Preisbildung an der Börse erläutern können (N2) Gründe für das Entstehen der Finanzkrise ableiten
	können (N2) die Finanzkrise und ihre Entwicklung beschreiben sowie weltweite Auswirkungen ableiten können (N2)
FÄCHERÜBERGREIFENDE KOMPETENZEN	Team- und Kommunikationsfähigkeit (Gruppenarbeit, Brain- storming, Präsentation); Analysekompetenz; Handlungskompe tenz als zukünftige/r Bank-kunde/Bankkundin
BEZUG ZU ANDEREN FÄCHERN	Deutsch: Textanalyse zB eines Artikels über die EZB; Geschichte: Geschichte des Geldes, des Euros und der WWU; Fremdsprache Englisch: Financial Crisis; Philosophie: ethische Investments
VORGELAGERTE INHALTE IN DERSELBEN SCHULSTUFE	Deutsch: Textkompetenz (Techniken der raschen und zielgerichteten Informationsentnahme anwenden) → relevant für die Informationsentnahme aus dem Film, der gezeigt werden soll

¹ Angabe des Kompetenzniveaus (N) von 1 bis 3, wobei 1=erinnern, 2=verstehen, 3=Bearbeiten von Problemen





UNTERRICHTSPLANUNG

ZEIT	THEMA & METHODIK	UNTERLAGE
20'	Die Bank und der Aktienmarkt Als Einstimmung auf das Thema kann auf den Gegenstand Geschichte verwiesen werden, in welchem die SchülerInnen bereits Informationen über die "Geschichte des Geldes" erhalten haben. Als Methodik wird ein gemeinsames Brainstorming vorgeschlagen. Besonderer Schwerpunkt dieser Unterrichtsstunde sollen die Teile "Aktienmarkt" und "Marktplatz Börse" sein. Die SchülerInnen sollen wissen, wie der Preis einer Aktie an der Börse zustande kommt (es kann auf das allgemeine Thema Preisbildung eines Gutes durch Angebot und Nachfrage Bezug genommen werden). Als Unterrichtsmethodik wird der Vortrag mit SchülerInnenintegration vorgeschlagen. Als Anschauungsmaterial kann der/die LehrerIn Bilder der Wiener Börse mitbringen.	
30,	Banken als Drehscheibe der Wirtschaft Als Wiederholung und Bezug auf die Inhalte der 3. Klasse sollen nochmals die Kapitel "Was ist Geld", "Geldfluss" und "Geldkreislauf" besprochen werden. Daraus sollen die volkswirtschaftlichen Funktionen einer Bank abgeleitet werden. Ebenso sollen die Aufgaben der Zentralbank und relevante Begriffe wie "Leitzins" ("EURIBOR") ausführlich besprochen werden. Als Übung ist angedacht, dass die SchülerInnen das Übungsblatt zur EZB (aus: "Wie entsteht eine Finanzkrise") in Partnerarbeit lösen.	"Banken: Dreh- scheibe der Wirt- schaft" Übungsblatt EZB (planet schule)
*****	ENDE 1. Einheit BEGINN 2. Einheit	
25'	Bankgeschäfte Basierend auf die vorhergehende Stunde sollen zu Beginn einige Bankgeschäfte vorgestellt werden. Eine Unterscheidung in DL-Geschäft und Eigengeschäft muss vorgenommen werden. Dabei sollen Rechte und Pflichten von Banken und BankkundInnen diskutiert werden. Diese sollen die SchülerInnen in Gruppenarbeit erarbeiten. Es ist angedacht, die Ergebnisse auf einem Flipchart aufzuschreiben. Diese werden der Klasse kurz vorgestellt und gemeinsam besprochen.	"Banken: Dreh- schreibe der Wirt- schaft"
	Budget und Girokonto – WIEDERHOLUNG ALS HAUSÜBUNG	"Banken: Dreh- schreibe der Wirt- schaft"
25'	Kredit, Sparformen & Veranlagungen Der /Die LehrerIn soll zuerst wichtige Begriffe zum Kredit sowie seiner Abwicklung (zB Tilgung, Rate) erklären. Spar- und Veranlagungsformen sollen nur in groben Zügen besprochen werden, da dieses Thema in einer höheren Schulstufe nochmals, tiefgehender, behandelt wird. Als Unterrichtsmethode wird der Vortrag mit SchülerInnenintegration vorgeschlagen.	
	ENDE 2. Einheit BEGINN 3. Einheit	
10'	Finanzkrise Der/Die LehrerIn zeigt den Film online.	Film (planet schule)
20'	Der Geldkreislauf der Bank Die SchülerInnen sollen das Übungsblatt in Partnerarbeit ausfüllen. Die Ergebnisse werden gemeinsam besprochen. Übungsblatt (planet schul	
20՝	Wie entsteht eine Finanzkrise? Die SchülerInnen sollen das Übungsblatt in Partnerarbeit ausfüllen. Die Ergebnisse werden gemeinsam besprochen.	Übungsblatt (planet schule)

Von der Finanzzur Wirtschaftskrise



Und was hat das mit mir zu tun?

- Finanzmärkte und Wirtschaftskrise(n)
- o Wirtschaftspolitik
- Begriffe rund um die Krise(n)
- Unterrichtsbeispiele zu Finanz- und Wirtschaftskrise(n)
- O Links, Materialien, Organisationen



Liebe Leserin, lieber Leser!

Was wäre eigentlich am Besten? Wahrscheinlich aus der EU und aus dem Euro [der Eurozone, Anm.] austreten, oder?, fragt ein 17-jähriger Berufsschüler in einem Gespräch über die Euro- und Finanzkrise und über Staatsschulden. Vielen, nicht nur Jugendlichen, erscheint der Finanzmarkt schwer durchschaubar und vom Einzelnen kaum beeinflussbar. Dass simple (oder besser: simpel klingende) Ideen zur Krisenbehebung im Euroraum auftauchen, ist da nicht verwunderlich.

Wirtschaftspolitik und ihre Folgen auf dem Arbeitsmarkt sind im Grunde genau jene gesellschaftspolitischen Themen, die das Leben von Kindern und Jugendlichen maßgeblich prägen und prägen werden – in der Ausbildung, als Erwerbstätige, als KonsumentInnen und viel später einmal als PensionistInnen. Wirtschafts- und Finanzkompetenz sollte daher in allen Schultypen einen fixen Platz haben (nicht nur in kaufmännischen Zweigen) – ob fächerübergreifend als Unterrichtsprinzip oder fächerbezogen in Politischer Bildung oder Geografie und Wirtschaftskunde (u.a.).

Dabei geht es nicht nur um ökonomisches Grundlagenwissen und um den klassischen Lehrstoff der Volkswirtschaftslehre, sondern auch um Kritikfähigkeit (Analyse- und Urteilskompetenzen).

Tagtäglich sind wir mit Nachrichten aus der Finanzwelt konfrontiert. Was auf den ersten Blick als neutrale und scheinbar objektive wirtschaftliche Sachlage erscheinen mag (z.B. ein Konzept zur Rettung der Eurozone), zeigt bei genauerem Hinschauen meistens eine bestimmte wirtschaftspolitische Denkrichtung. Daher sind Kompetenzen, die es ermöglichen, Wirtschaftspolitik zu "lesen", d.h. sie verstehen, beurteilen und einordnen zu können, quasi "das A und 0" in diesem komplexen Themenbereich.

Das Heft ist für den Unterricht in der Sekundarstufe II (Schwerpunkt: ab der 10. Schulstufe) konzipiert, die Ausgabe von polis aktuell im Dezember 2012 wird dann wirtschaftliche Themen für den Volksschulbereich bzw. die 5. Schulstufe aufbereiten. Die Unterrichtsbeispiele hat Johannes Lindner (Wirtschaftspädagoge der Schumpeter Handelsakademie, Fachbereichsleiter Entrepreneurship Education und wertebasierte Wirtschaftsdidaktik der KPH Wien/Krems, Ashoka Fellow) zusammengestellt.

Wir wünschen Ihnen gutes Gelingen bei der Umsetzung des Themas und freuen uns wie immer über Feedback zum Heft.

Elisabeth Turek für das Team von Zentrum polis elisabeth.turek@politik-lernen.at

1 FINANZMÄRKTE UND WIRTSCHAFTSKRISE (N)

1.1 DIE WIEVIELTE KRISE EIGENTLICH?

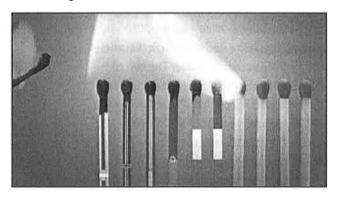
Wieder ein Staat bankrott oder ein Leitindex in die Tiefe gerutscht – da stellt sich schon manchmal das Gefühl der Abstumpfung ein ("täglich mehr vom Gleichen"), wenn es im Wirtschaftsteil der Tageszeitung zum x-ten Mal um Finanzkrise(n), Staatsverschuldungen, Ratingagenturen oder Sparkurse u.ä. geht. Gleichzeitig wissen wir, dass Wirtschaftspolitik und Finanzmärkte keine abstrakten Zahlen auf dem Papier sind, sondern ganz reale Auswirkungen haben.

Was kann der/die Einzelne überhaupt tun? Wie durch einen medialen Sorgenschleier starren viele auf diverse Talfahrten im Finanz- und Wirtschaftsbereich – mit Ohnmachtsgefühlen, Ratlosigkeit oder Empörung, je nachdem. Die Empörung blieb nicht aus, sie gab dem Protest von Hunderttausenden, vor allem jungen Menschen, in Spanien sogar einen Namen: *Indignados* ("Empörte"). Sie sehen sich, ebenso wie Gleichaltrige in Griechenland, als "verlorene Generation", die ihrer gesellschaftlichen und ökonomischen Teilhabechancen beraubt wird.

Seit der globalen Finanzkrise, die 2007 in den USA als Immobilienkrise auf dem Hypothekenmarkt begann, jagt eine Hiobsbotschaft über abstürzende Finanzmärkte, Staatsbankrott und Wirtschaftsrezession die nächste. Krisen der Finanzmärkte sind nichts grundsätzlich Neues, sondern Teil des globalen kapitalistischen Systems – mehr als 160 Finanzkrisen zählt der internationale Währungsfonds alleine seit 1975! Beachtlich ist dennoch die Dimension der globalen Finanzkrise, die 2008 auf Europa überschwappte und auch in Schwellen- und Entwicklungsländern zu Kurseinbrüchen, Liquiditäts-Engpässen,

abgeschwächtem Wirtschaftswachstum oder Rezession führte. Die Betroffenen erleben die Auswirkungen u.a. darin, dass sie weniger Geld für ihren Lebensunterhalt und den Konsum zur Verfügung haben. Die Reallöhne sind gesunken, die Produktion ist in vielen Ländern geschrumpft und prekäre Arbeitsverhältnisse haben zugenommen, ebenso wie Arbeitslosigkeit, Verschuldung und Armut.

Eine Krise kommt selten alleine, heißt es im Volksmund und das trifft besonders auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007 zu. Verschiedene Krisen (Klima-, Ernährungs-, Energie- und Verteilungskrise usw.) treten gleichzeitig auf, weil sie in einem systemischen Zusammenhang stehen. Ein gravierendes Problem in agrarorientierten ärmeren Ländern sind Krisen der Nahrungsmittelproduktion mit all ihren Folgewirkungen: gestiegene Verschuldung der Bauern und Bäuerinnen, Güter für den Lebensbedarf und Kredite sind schwer zugänglich, Armut und Hunger nehmen zu.



Immer mehr Menschen stellen sich die ganz grundsätzliche Frage: Wie will ich/wie wollen wir eigentlich leben und wirtschaften, wie gehen wir mit verfügbaren Ressourcen um, welche Wirtschaftsformen bieten jetzigen und zukünftigen Generationen Chancen auf ein gutes Leben? Wirtschaft ist ja per Definition das, was getan wird, um planvoll menschlichen Bedarf zu decken und nicht die Vernichtung von Werten und Lebenschancen.

Es gibt eine wachsende Zahl an Konzepten und Zugängen für alternatives Wirtschaften – etwa die Gemeinwohlökonomie (siehe www.gemeinwohl-oekonomie.org/uberuns/gwo-in-3-min/), solidarische Ökonomien (siehe www.fuereinebesserewelt.info/solidarische-oekonomieteil-1/), das vorsorgende Wirtschaften oder die Resilienz (Widerstandskraft) von wirtschaftlichen Systemen (z.B.: Transition-Bewegung, Filmtipp siehe Seite 16).

Obwohl wirtschaftliche Probleme (Arbeitslosigkeit, Schulden, Währungssicherheit usw.) von vielen als DIE großen aktuellen und zukünftigen Sorgen im eigenen Leben gesehen werden, gilt Ökonomie doch eher als Themenbereich für ExpertInnen, über den man sich nicht so leicht "d'rüber traut". Die Finanzmärkte wirken zu un- übersichtlich und unterliegen einem ständigen Auf und Ab – Geld, Wertpapiere, Kredite oder Devisen werden global vernetzt und in Sekundenschnelle international elektronisch gehandelt.

Was würde denn passieren, wenn man die Banken nicht retten würde? Und was wäre, wenn die Schulden von Staaten nicht zurückgezahlt werden würden? Lena, 18 Jahre

Wie können junge Menschen für komplexe Herausforderungen im Wirtschafts- und Finanzleben gewappnet werden? Dazu braucht es nicht nur ökonomisches Wissen, sondern auch den Erwerb jener Kompetenzen, die es ermöglichen, als VerbraucherInnen mit Komplexität umgehen zu können (z.B. das Bewusstsein über die Folgen des eigenen Konsum- und Wirtschaftsverhaltens). Eine wesentliche Rolle spielt die Förderung des vernetzten Denkens, weil im Alltag politische, volkswirtschaftliche und ethische Aspekte unmittelbar zusammenwirken. Informationen zum Unterrichtsprinzip Wirtschaftserziehung und VerbraucherInnenbildung:

www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/wirt-schaftserziehung.xml

Wirtschaft sollte Jugendlichen nicht "wurscht" sein, weil sie alle im täglichen Leben betrifft. Wenn du z.B. im Supermarkt einkaufen gehst oder wenn du auf Interrail fährst, musst du dich damit beschäftigen, wie viel etwas kostet und wie viel Geld du hast. Oder wenn deine Oma einen Bausparvertrag für dich abschließt und du dafür Zinsen bekommst. Paul, 17 Jahre

1.2 Wirtschaft + Politik = Wirtschaftspolitik "von oben"?

Die Formel stimmt nur bedingt, schließlich kann jede und jeder als WählerIn, KonsumentIn oder VerbraucherIn auch Wirtschaftspolitik beeinflussen. Wirtschaft und Politik sind eng miteinander verflochten, die Handlungsspielräume der Politik in wirtschaftlichen Bereichen sind aber oft schwer auszumachen. Zur Orientierung eignen sich folgende Leitfragen: Welche Interessen werden vertreten, welche Einflusssphären haben die AkteurInnen von Wirtschaft und Politik und wer sind die GewinnerInnen und VerliererInnen wirtschaftspolitischer Maßnahmen?

Impuls für Recherchen

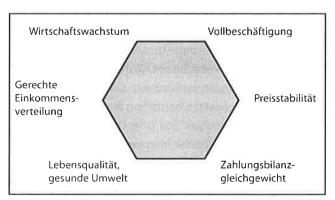
Wer sind in der österreichischen Wirtschaftspolitik die bedeutendsten Interessensvertretungen (ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen) und welche wirtschaftspolitischen Ziele – im Zusammenhang mit dem magischen Vieleck (siehe Grafik auf dieser Seite) – unterstützen sie vorrangig?

Linktipps:

www.politik-lexikon.at, www.oesterreich.com/de/ wirtschaft/interessenvertretungen (Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Datenverarbeitung in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften): WKÖ, Industriellenvereinigung, Landwirtschaftkammer, ÖGB, AK

Ergänzungsmöglichkeit: Recherche von Akteuren der internationalen Wirtschaftspolitik (v.a. EU-Troika/Europäische Zentralbank, EU-Kommission, IWF-Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation, Weltbank, NGOs/NPOs (Links siehe Kapitel 3).

Wirtschaftspolitik zielt darauf ab, geregelte Rahmenbedingungen für das Wirtschaften herzustellen (Bsp.: die Wettbewerbspolitik soll Monopole verhindern). Über die Höhe von Steuern und Zinsen, die Gestaltung der Finanzund Budgetpolitik sowie der Arbeits- und Sozialpolitik oder Bildungspolitik beeinflusst Politik auch die Wirtschaftsentwicklung. Dabei können unterschiedliche Ziele in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen. Niedrige Inflation und gleichzeitig hohe Beschäftigung sind schwer miteinander vereinbar, ebenso galten Wirtschaftswachstum und Umweltschutz als klassische Gegenspieler. Was jeweils als besonders erstrebenswert anerkannt wird, hängt von ökonomischen und politischen (Macht)Interessen und Zielen sowie von den entsprechenden Instrumenten zu ihrer Durchsetzung ab. Diese Spannungsfelder werden häufig durch das sogenannte "magische Vieleck" dargestellt:



Während derzeit in Europa der Ruf nach harten Sparkursen (mit dem Ziel der Währungsstabilität und Senkung der Staatsschulden) Konjunktur hat, setzen konträre wirtschaftspolitische Konzepte gerade in Krisenzeiten auf Investitionen in Infrastruktur, Bildung und in die Schaffung von Arbeitsplätzen. Von daher ist es wichtig, dass sich SchülerInnen mit zwei grundlegenden wirtschaftspolitischen Denkrichtungen vertraut machen: Wirtschaftspolitik, die an J. Maynard Keynes orientiert ist (Stichwörter: staatliche Eingriffe sollen Nachfrage ankurbeln, deficit spending, Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte usw.) und neoliberale Positionen (wenig Eingriffe und Kontrollmechanismen des Staates, Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte, Lohn- und Steuersenkungen).

Tipp Materialien

Wirtschaft und Politik (hg. vom Forum Politische Bildung).
Informationen zur Politischen Bildung.
Bd. 33, Innsbruck – Wien – Bozen, 2010
Informative Texte und Unterrichtsbeispiele für die Sekundarstufe II über Themen zu Finanzmärkten und Wirtschaft sowie über alternative Konzepte der Wirtschaftspolitik.
Onlineversion:



www.politischebildung.com/?Sel=471 Download des gesamten Heftes:

www.politischebildung.com/pdfs/33_printversion.pdf

Methodentipp

aus: Informationen zur Politischen Bildung Nr. 33, 2010. Unterrichtsbeispiel *Trittbrett 1*, in: *In Wirtschaftspolitik einsteigen. Sieben Trittsteine für EinsteigerInnen.* Von Herbert Pichler.

Die Übung gibt Anregungen zum Thema Wirtschaftspolitik, z.B. zu folgenden Fragen:

- Welche Interessensgruppen und Wirtschaftsakteure unterstützen welche Ziele?
- Welche Argumente vertreten die zwei wichtigsten wirtschaftspolitischen Denkschulen (Sichtweise nach Keynes und neoliberale Richtung)?

Download der Übung: www.politischebildung.com/pdfs/33_t1.pdf



1.3 WAS SIND FINANZMÄRKTE?

Unter Finanzmärkten ist der Handel mit "Produkten" wie Aktien, Devisen, Anleihen, Derivaten, Fonds oder Hedgefonds (siehe Glossarhinweise auf Seite 7) zu verstehen. Dabei geht es nicht um einen Waren- und Güteraustausch mit realen "Produkten", sondern um Erwartungen von Spekulationsgewinnen. Diese werden in unterschiedlichen Zusammensetzungen (Tranchen von Papieren von SchuldnerInnen, die über bessere oder schlechtere Bonität verfügen) mit entsprechendem Verlustrisiko und Gewinnchancen verkauft und gekauft.

Auf den Finanzmärkten konnte durch die Privatisierung von Betrieben der Grundversorgung und der Infrastruktur (Bsp.: Post) wie auch durch das Verlagern der (Firmen-)Pensionsvorsorge auf den Finanzmarkt das Kapitalvolumen erheblich anwachsen. Eine Politik der globalen Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte, verbunden mit der Entwicklung moderner Kommunikationstechnologien, ermöglichten diesen Boom. Finanzmärkte entwickelten auf diese Weise ihre eigene Dynamik – abgekoppelt von der Realwirtschaft und dem Kreditwesen zur Produktion von Konsum- und Investitionsgütern.

Die Politik im EU-Raum hat diesen Entwicklungen wenig entgegengesetzt. Die vorrangige Zielrichtung politischer Interventionen war bzw. ist die Kreditwürdigkeit der Staaten, tendenziell auch immer stärker "marktkonforme Demokratien". Politik soll die Märkte "beruhigen" und sie davon überzeugen, dass die Staaten ihre Anerkennung verdienen.

Der Finanzmarkt lässt sich in fünf Märkte einteilen:

(Quelle: Wirtschaft anders denken/2010, zit. aus: Huffschmied, Jörg: Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg: VSA, 1999)

- Kreditmarkt: Banken als Gläubiger auf der einen Unternehmen, Regierungen und Privatpersonen als SchuldnerInnen auf der anderen Seite.
- 2. Primärmarkt für Wertpapierfinanzierung: klassischer Kapitalmarkt, der v.a. über die Börse abgewickelt wird. Regierungen und Unternehmen beschaffen sich Finanzierungsmittel (durch die Ausgabe von Aktien oder die Auflage von Anleihen). Die Finanzunternehmen treten als Vermittlerinnen auf.
- Sekundärmarkt für den Wertpapierhandel: neben Aktien und Anleihen werden auch Papiere mit kurzfristiger Laufzeit gehandelt. Das Anlegerinteresse tritt gegenüber dem Finanzierungsinteresse in den Vordergrund.

- 4. Markt für Währungen: Abwicklung des internationalen Handels, der sich immer mehr zu einem bevorzugten Spekulationsmarkt hin entwickelt hat.
- 5. Markt für abgeleitete Finanz "instrumente" (Derivate): bezieht sich auf finanzielle Forderungen/ Verpflichtungen in der Zukunft. Sicherungsfunktion gegen Preisänderungen und Spekulation stehen im Vordergrund.

Der Wandel vom Industrie- zum Finanzkapitalismus brachte auch eine Änderung in der Hierarchie der gesamtwirtschaftlichen Märkte mit sich (siehe Grafik unten). Bis in die 1980er Jahre hinein gab in erster Linie der Arbeitsmarkt vor, wie viele Arbeitskräfte Güter und Dienstleistungen erzeugen konnten. Der Geld- und Kreditmarkt stellte Konsum- und Investitionskredite bereit, um dies zu finanzieren und um zu ermöglichen, dass Güter und Dienstleistungen nachgefragt werden konnten. In den letzen beiden Jahrzehnten erweiterte sich mit den Kapitalzuwächsen der Geld- und Kreditmarkt zum Finanzmarkt. Banken und Sparkassen boten als Finanzdienstleister eine Fülle von Finanzmarktprodukten an, die hohe Renditen und Spekulationsgewinne versprachen, Steueroasen erhielten regen Zulauf.

Die Finanzmarktrenditen mussten jedoch erst auf dem Güter und Dienstleistungsmarkt erwirtschaftet werden auf Kosten des Arbeitsmarktes, der Erwerbstätigen sowie der unbezahlten Arbeit. Der Bereich der Finanzdienstleistungen dehnte sich immer mehr auch auf den Güter- und Dienstleistungsmarkt aus. Betriebe des öffentlichen Sektors, Gemeinden, nicht-profitorientierte Organisationen und Haushalte nahmen an teilweise riskanten Finanzgeschäften teil, ohne zu hinterfragen, woraus die Finanzmarktprodukte genau bestanden. In dieser Entwicklung verloren die grundlegenden Prinzipien und Aufgaben des öffentlichen Sektors (Versorgung, Umverteilung, Vorsorge, Gemeinwohl) allmählich an Wirkungskraft, dagegen trat die Prämisse "Gewinnmaximierung" des profitorientierten Sektors in den Vordergrund. Die Rechnung ging bekanntlich oft nicht auf, viele Gemeinden und private Haushalte haben sich stark verschuldet und müssen sich nun über Einsparungen konsolidieren.

Hierarchie-Verschiebungen der Märkte

Industriekapitalismus	Finanzkapitalismus
Arbeitsmarkt	Finanzmarkt
Güter- und Dienstleistungsmarkt	Güter- und Dienstleistungsmarkt
Geld- und Kreditmarkt	Arbeitsmarkt -

Die Auswirkungen sind bekannt: Staatliche Interventionen haben die Krisen auf den Finanzmärkten immer wieder abgefedert (z.B. durch die sogenannten "Bankenrettungen"), die Schulden wurden also – im Gegensatz zu den Profiten – gleichsam "vergesellschaftet". Die Staatsverschuldung ist im europäischen Raum stark angestiegen, zur Aufrechterhaltung der Preis- und Währungsstabilität unter Einhaltung der Maastricht-Kriterien sollen die Schulden schnell zurückgezahlt werden.

Was bedeutet die Reduktion der Staatsverschuldung bzw. die Senkung der Ausgaben? In erster Linie geht es neben Steuererhöhungen um Einsparungen der Staaten, von denen wiederum bestimmte Bevölkerungsgruppen besonders stark betroffen sind – etwa Frauen, die in der Care-Ökonomie arbeiten (Bildung, Gesundheit, Pflege usw.), Jugendliche, die sich auf dem ersten Arbeitsmarkt noch nicht etabliert haben, aber auch niedrig Qualifizierte oder ältere ArbeitnehmerInnen. Die Schere zwischen Arm und Reich, zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen GläubigerInnen und SchuldnerInnen, geht immer weiter auf. Vor allem in ärmeren Länder stürzt eine wachsende Zahl von Menschen in prekäre Lebensverhältnisse.

Tipp Film

Einen spannenden Einblick in die Finanzgeschäfte einer Bank in Krisenzeiten gibt ein Film über die Bank Goldman Sachs (71,37 Min., arte Themenabend): Goldman Sachs – eine Bank lenkt die Welt.

http://videos.arte.tv/de/videos/goldman-sachs-eine-bank-lenkt-die-welt--6894428.html

1.4 Sprache schafft Realität (en): Begriffe rund um die Krise

In Tageszeitungen, TV-Nachrichten oder Internet fällt auf, dass die Entwicklungen auf dem Finanzsektor mit bestimmten Wort-Kreationen beschrieben werden. Wir haben uns längst daran gewöhnt: Die Märkte sind oft schlecht aufgelegt, reagieren einmal nervös, dann wieder angespannt oder gar entfesselt, vielleicht auch einmal einfach abwartend. "Finanzmärkte lockern ihren Würgegriff" ist in der Schlagzeile einer Tageszeitung zu lesen, ganze Staaten "schlüpfen unter einen Rettungsschirm", der Begriff "Schuldenbremse" hat einen fixen Platz in den Medien. Wo bleibt eigentlich die Armutsbremse oder die Bremse der Arbeitslosigkeit?

Schon gewusst?

Gender-Budgeting ist ein Instrument zur Verteilungsgerechtigkeit und bedeutet, geschlechterspezifische Auswirkungen von Budgetentscheidungen sichtbar zu machen – sowohl auf der Seite der Einnahmen (Steuern, Abgaben etc.) als auch ausgabenseitig (z.B. durch Förderungen). Dies inkludiert auch unbezahlte sorgende und gesellschaftliche Arbeit.

Nähere Informationen: Bundeskanzleramt Österreich (Frauenangelegenheiten und Gleichstellung) www.frauen.bka.gv.at > Themenfeld Gender Mainstreaming/Budgeting

Weltweit leisten Frauen 60 Prozent der gesamten Arbeit, haben nur 10 Prozent des Einkommens und verfügen nur über 1 Prozent des Kapitals (aus: Wirtschaft anders denken. Handbuch feministische Wirtschaftsalphabetisierung, S. 130, Wien: Eigenverlag 2010).

Zinsen und Geld: Im Durchschnitt zahlen wir etwa 40 Prozent Zinsen für die Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, meint die Ökonomin, Prof. Margrit Kennedy. In jedem Preis ist ein Zinsanteil enthalten, die Zinsen, welche ProduzentInnen der gekauften Güter und der Dienstleistungen der Bank zahlen mussten.

 Artikel von Kennedy Margrit (www.forum-csr.net, Forum Nachhaltig Wirtschaften): Geld regiert die Welt. Doch wer regiert das Geld?
 www.margritkennedy.de/media/art_fnw_01_2008_ geld_20.pdf

Tipp Literatur

Verein Joan Robinson u.a. (Hrsg.): Wirtschaft anders denken. Handbuch feministische Wirtschaftsalphabetisierung. Wien: Eigenverlag, 2010

Diskussionsanregung

Ein Kampagnen-Slogan der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) lautet: "Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut!" Stimmt das Ihrer/eurer Meinung nach? Inwiefern/inwiefern nicht?

WKO: http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AngI D=1&StID=360271&DstID=363



Methodentipp (11. und 12. Schulstufe)

Diese Übung ist empfehlenswert, wenn die SchülerInnen schon zu Wirtschaftspolitik und Finanzmärkten gearbeitet haben.

Verschiedene Begriffe auf Kärtchen werden aufgelegt. Beispiele: Steueroase, Arbeitsmarkt, Armut, Nahrungsmittelspekulation, Bonuszahlung, Finanzmarktboom, Haushalte, Unternehmen, Staat, EZB (Europäische Zentralbank), Finanzmarktrenditen, Deregulierung etc.

JedeR SchülerIn nimmt sich spontan eine Karte. EineR beginnt, sagt den Begriff, und stellt sich mit der Karte im Raum als der Begriff auf. Wer möchte, kann sich in entsprechender Nähe oder Distanz als ein anderer Begriff dazustellen Die SchülerInenn beginnen, systemisch darzustellen, wie die Begriffe zusammenhängen könnten (es gibt dabei aber kein "richtig" oder "falsch"). Wenn alle stehen, lassen die SchülerInnen das Bild auf sich wirken und schlüpfen danach bewusst wieder aus ihrer "Rolle".

Diskussion: Was ist aufgefallen? Welche einzelnen Begriffe konnten das System besonders verändern/ beinflussen?

Idee abgewandelt, aus: Who loves whom? Ökonomische Begriffe in Beziehung. Von Dullnig, Ursula und Mbwisi-Henökl, Birgit. In: Verein Joan Robinson u.a. (Hrsg.): Handbuch Wirtschaft anders denken. Handbuch feministische Wirtschaftsalphabetisierung. Wien: Eigenverlag, 2010

Glossare

Was ist ein Haircut, was bedeutet eigentlich Fiskalpakt und wer sind die Akteure auf den Finanzmärkten (z.B. die EU-Troika aus Europäischer Zentralbank, EU-Kommission, Internationalem Währungsfonds)?

Klarheit zu den Begriffen bringen folgende Online-Lexika:

- www.zeit.de/wirtschaft/2011-07/Glossar-Euro-Krise Ein ausführliches Glossar zu den wichtigsten Begriffen rund um die Krise auf Zeit/online/Wirtschaft - von Anleihe bis Zins-Spread.
- · Politiklexikon: www.politik-lexikon.at Das Politiklexikon für junge Menschen enthält auch Begriffe zu Wirtschaft und Finanzmärkten.

• Börsebegriffe: Straight Bond und Large Cap - schon einmal ratlos den Begriffen aus der Finanzwelt gegenübergestanden? Einmaleins der Wiener Börse inkl. Börsebegriffe: www.wienerborse.at/static/cms/sites/wbag/ media/de/pdf/service/publikationen/boersebegriffe.pdf

Fakten, Daten, Statistiken zu Themen der Finanzwirtschaft (u.a. Europäischer Stabilitätsmeachnismus ESM und Fiskalpakt)

Finanzmärkte

www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/ globalisierung/52583/finanzmaerkte

Finanz- und Wirtschaftskrise www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/ globalisierung/52584/finanz-und-wirtschaftskrise

Quiz zur Ökonomie (Ökonomie I und II) www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/ globalisierung/52868/quiz

Globalisierung/Global Governance Zahlen und Fakten zur Globalisierung (Informationen, Karten und Folien zu Akteuren der Wirtschaftspolitik und internationalen Organisationen). www.bpb.de/files/MY3P0C.pdf

Jahresbroschüre: Österreichs Wirtschaft im Überblick 2011/2012 (Arbeit, Geld, Europäische Integration u.v.m.) www.wirtschaftsmuseum.at/wmpube.htm Broschüren zu Wanderausstellungen zu wirtschaftlichen Themen, Foliothek "Wirtschaft und wirtschaften" u.v.m.: wirtschaftsmuseum.at/wmdown.htm

Europa kurz erklärt: Der ESM – die wichtigsten Fakten Kurzinformation der Vertretung der EK in Österreich. http://ec.europa.eu/austria/news/2012_07_05_esm_de.htm

Überblicksdarstellung zum ESM und zum Fiskalpakt (Österreichisches Parlament) www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2012/PK0273/

Dossier zur Wirtschaftserziehung und VerbraucherInnenbildung (bm:ukk)

www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/wirtschaftserziehung.xml

2 Unterrichtsbeispiele zu Finanz- und Wirtschaftskrise (n)

Die folgenden methodischen Anregungen hat Johannes Lindner zusammengestellt. Ihr Ziel ist es, einen Überblick zum Finanz- und Wirtschaftsgeschehen zu geben und verständlich werden zu lassen, welche Akteure welche Interessen verfolgen. Darüber hinaus soll auch hinterfragt werden, wer letztendlich die Finanzkrise "ausbaden" wird.

2.1 STIMMUNGSBAROMETER ZUR WIRTSCHAFTS- UND SCHULDENKRISE



Ziele

Das Stimmungsbarometer als Einstieg erhebt die Erfahrungen der SchülerInnen zur aktuellen Krise. JedeR Jugendliche hat in den Medien, innerhalb der Familie, im Freundeskreis sowie in der Schule bereits von den verschiedenen Krisen gehört und soll diesbezüglich Stellung beziehen Die Jugendlichen sollen sich positionieren und es wird deutlich, wie die Stimmung zu dem Thema in der Klasse ist.

Erhebung und Begründung:

Warum hat sich der/die einzelne Schüler/in an einer bestimmten Stelle platziert? Wie äußern sich die Jugendlichen zu der aktuellen Situation? Sind sie frustriert? Reagieren sie resigniert? Wie argumentieren sie ihre Standpunkte? Gibt es Falschinformationen? Fehlen wichtige Details in ihren Argumentationen?

Ablauf

Zwei Aussagen zur Wirtschafts- und Schuldenkrise werden auf zwei gegenüberliegende Wände geklebt. In der Klasse sollte etwas Raum geschaffen werden, damit sich die Jugendlichen aufstellen können. Ich fühle mich von der Wirtschafts- und Schuldenkrise sehr stark (negativ) betroffen. Ich fühle mich von der Wirtschafts- und Schuldenkrise überhaupt nicht betroffen.

2.2 DIE FINANZKRISE UND WIRTSCHAFTSKREISLÄUFE



Dauer	ca. 2 Unterrichtsstunden
Ziele	 Die SchülerInnen sollen durch die Analyse von Filmen die Ursachen und den Verlauf der Wirtschaftsbzw. Schuldenkrise mit eigenen Worten erklären. Es werden die Auswirkungen und Konsequenzen der Wirtschaftskrise auf die einzelnen Akteure (Unternehmen, KonsumentInnen, ArbeitnehmerInnen, Banken, Staat) erarbeitet und reflektiert. Die Jugendlichen sollen der Diskussion um die Wirtschafts- bzw. Schuldenkrise informierter folgen und eine eigene Meinung formulieren können.
Vorbe- reitung	 pro Kleingruppe ein PC mit Internetzugang (alternativ: ein PC mit Beamer. Die Klasse wählt einen oder mehrere Filme aus und sieht sich den oder die Filme gemeinsam an). Danach Kleingruppenarbeit (siehe unten) pro Kleingruppe ca. 10 Kärtchen und Stifte eine Tafel und Kreide
Ablauf	Schritt 1: Film (e) Die Jugendlichen bearbeiten in Kleingruppen jeweils einen der Filme (alternativ: der oder die Filme werden gemeinsam angesehen, danach werden Kleingruppen gebildet). Der Arbeitsauftrag lautet: Was sind die Ursachen der Krise und wie ist sie verlaufen? Die Jugendlichen notieren ihre Antworten.



Ablauf

Filme:

- Zusammenfassung der Immobilien-Krise in den USA (2007, ORF ZIB 2, ca. 3 Min.) auf Youtube. Der Film fasst die Entwicklung und Auswirkungen der Immobilienkrise zusammen. www.youtube.com > Titel eingeben
- Die simpleshow erklärt die Finanzkrise (simpleshow.com, 4,54 Min.) auf Youtube: Der Film erklärt mit einfachen Illustrationen, zwei Händen und echtem Papier den Zusammenhang zwischen Immobilienund Finanzkrise anhand konkreter Personen. www.youtube.com > Titel eingeben
- Wie entsteht eine Finanzkrise?: www.planet-schule.de/wissenspool/finanzkrise/inhalt/sendung.
 html. Vier Szenen (jeweils ca. vier bis 6 Minuten) veranschaulichen das Entstehen der Krise(n) und die
 Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft sowie auf jede oder jeden Einzelnen.
 Zusatz: Didaktische Hinweise mit Arbeitsblättern zum Geldkreislauf der Bank, Immobilienkrise usw.
 www.planet-schule.de/wissenspool/finanzkrise/inhalt/unterricht/wie-entsteht-eine-finanzkrise.html#

Schritt 2: Ablauf der Krise(n)

Im Anschluss an die Filmphase und die Arbeit in den Kleingruppen wird auf der Tafel bzw. auf Flipchartpapier die Chronologie der Krise(n) ab dem Jahr 2001 erarbeitet.

Leitfaden zur Geschichte der Krise(n)

2001-2007 Die US-Notenbank senkt den Leitzins. Banken finanzieren günstige Immobilienkredite. Die Kredite werden in Wertpapiere gebündelt und es kommt zu einer hohen Nachfrage nach diesen "sicheren" Wertpapieren. • Es werden mehr Kredite vergeben, das Risiko wird ausgelagert (durch den Weiterverkauf der Wertpapiere). Immobilien boomen und viele realisieren ihren Traum vom Eigenheim. 2007 1. Phase: Immobilien- und Finanzkrise Die Immobilienblase platzt. • Probleme für Banken durch den Ausfall von Krediten ⇒ Immobilienpreise sinken ⇒ die Immobilienwertpapiere fallen im Wert und der Dominoeffekt erstreckt sich auf die gesamte westliche Welt ⇒ Börsencrash 2007/8 2. Phase: Bankenkrise • Zusammenbruch des Interbankenmarkts (d.h. der Markt, auf dem sich Banken gegenseitig Geld borgen). 15. September 2008: die Großbank Lehman Brothers schlittert in den Konkurs. Staaten helfen Banken mit Rettungspaketen. 2008/9 3. Phase: Wirtschaftskrise Ansteckung der Realwirtschaft. • Die Banken reduzieren ihre Kreditvergabe (Kreditklemme). • Unternehmen fehlt das Geld für Investitionen. • Die wirtschaftliche Stimmungslage verschlechtert sich und Investitionen werden zeitlich verschoben. Aufträge fehlen, Kurzzeitarbeit und ein Anstieg der Arbeitslosigkeit. Staaten helfen einzelnen Unternehmen. seit 2010 4. Phase: Staatsschulden-Eurokrise • Einzelne Staaten sind stark von den Schwierigkeiten am Bankensektor betroffen (z.B. Island, Irland). • Ratingagenturen verschlechtern die Bewertung von Staaten. • Die Refinanzierungskosten erhöhen sich für Staaten. • EU in der Schuldenkrise (Griechenland, Irland, Portugal, Italien). Die Staaten legen Sparpakete vor, damit Defizite bei den Staatshaushalten redu-

ziert werden und die Verschuldung stabilisiert wird.

Ablauf

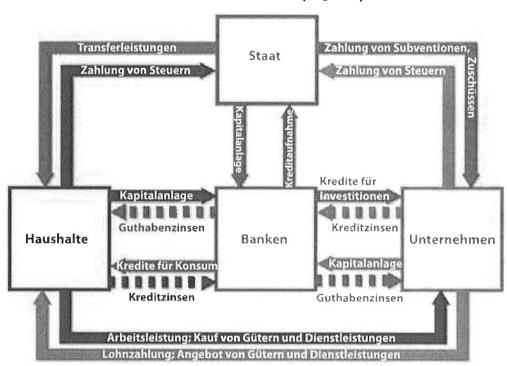
Schritt 3: Wirtschaftskreislauf in der Krise

Anschließend geht es um die Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise mit Hilfe des Wirtschaftskreislaufes. Zunächst wird der Wirtschaftskreislauf an die Tafel gezeichnet und die Frage gestellt:

Wie sind die einzelnen Wirtschaftsakteure durch die Finanzkrise betroffen?

Aufgabe für SchülerInnen: Die SchülerInnen interpretieren in einer Kleingruppe die beiden folgenden Grafiken und präsentieren die Ergebnisse.

Wirtschaftskreislauf (regulär):





Grafiken: Johannes Lindner



2.3 ROLLENSPIEL SCHULDENKRISE



7iele

Beim Rollenspiel werden Interessensgegensätze und Konflikte durch die bewusste Übernahme einer Rolle thematisiert. Die Diskussionsaufgabe führt zu den Themen Schuldenabbau, Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Hier werden die Meinungen aufgrund der unterschiedlichen Rollen aufeinander prallen. Die SchülerInnen sollen das erworbene Wissen – sowohl in der Vorbereitung als auch während der Diskussion – in gezielte Argumente umwandeln und auch anderen Argumenten mit Respekt begegnen, ohne sich genötigt zu fühlen, das eigene Wertesystem aufgeben zu müssen.

Grundsätzlich soll die Aufteilung der Diskussion in mehrere Rollen deutlich machen, dass es unterschiedliche Interessen gibt, die miteinander vereinbart werden müssen.

Dauer

50 bis 75 Minuten

Ablauf

Schritt 1: Problem aufzeigen (1 Min.)

Der Staat Österreich braucht Geld! Sparen oder neue Steuern? Erklären Sie die Vorgehensweise eines Rollenspiels.

Schritt 2: Gruppen zu unterschiedlichen Perspektiven bilden (2 bis 3 Min.)

Fünf verschiedene Gruppen werden gebildet, die jeweils eine Rolle verkörpern (Staat, Banken, Jugend, Haushalte, UnternehmerInnen), eine sechste Gruppe übernimmt die Rolle der Diskussionsleitung, die für einen strukturierten Verlauf der Diskussion sorgt. Die Zuordnung zu den Gruppen ist entweder per Zufall (z.B. durch das Ziehen von Kärtchen) oder freiwillig möglich. Jedes Team besteht aus vier bis fünf SchülerInnen.

Wenn möglich, stellen Sie für jedes Team aktuelles Informationsmaterial (z.B. Zeitungsartikel) zur Einstimmung in die Rolle und zur Vorbereitung für die Diskussion zusammen.

Schritt 3: Kleingruppenarbeit (25 Min.)

Arbeitsaufträge für alle Gruppen: Als Vorbereitung für die anschließende Diskussion recherchieren die SchülerInnen online aktuelle Beiträge zur Thematik (in der Schule, falls genügend PCs vorhanden sind, oder in der Einzelarbeit zu Hause, Tipps siehe weiter unten) und überlegen konkrete Maßnahmen sowie gezielte Argumentationen, die sich von ihrem Standpunkt aus als sinnvoll darstellen.

Aufgabe für alle Gruppen:

Diskussion: Sparen oder neue Steuern?

Der Staat Österreich braucht dringend Geld. Konjunkturpakete, Bankenrettung und der "Rettungsschirm", aber auch ein schwer zu finanzierendes Pensions- und Gesundheitssystem belasten das Budget und sind – wie einige Wirtschaftsfachleute meinen – auf lange Zeit nicht mehr finanzierbar. Die Regierung hat es sich zum Ziel gesetzt, ein Zehn-Milliarden-Euro-Sparpaket im Ministerrat zu beschließen und bis 2016 umzusetzen. Ziel ist ein Budgetdefizit unter der Maastricht-konformen Dreiprozentgrenze.

Frage an die Gruppen:

Genügen Sparmaßnahmen des Staates oder sind Steuererhöhungen unumgänglich? Brauchen wir neue Steuern, wer soll vermehrt zur Kasse gebeten werden?

Die SchülerInnen sollen in ihrer jeweiligen Gruppe aus ihrer Position heraus diese Frage beantworten und Maßnahmen diskutieren, wie das Budgetdefizit gesenkt werden kann.

GRUPPE "HAUSHALT"

ONLINE-TIPP: *Die simpleshow erklärt die Finanzkrise* (Youtube, 4,5 Min., Zeichentrickfilm). www.youtube.com > Titel eingeben

Ablauf

GRUPPE "STAAT ÖSTERREICH"

ONLINE-TIPPS:

 Die Regierung verordnet Österreich ein 26,5 Milliarden-Sparpaket (derstandard.at, 10.2.2012)

http://derstandard.at/1328507500124/ Massnahmenbuendel-Regierung-verordnet-Oesterreich-ein-265-Milliarden-Sparpaket

 Die Eckpunkte des österreichischen Sparpakets (Wirtschaftsblatt, 19.2.2012)
 http://wirtschaftsblatt.at/home/ nachrichten/oesterreich/1212601/index

GRUPPE "JUGEND"

ONLINE-TIPPS:

- Auf ARTE gibt es viele Kurzvideos zur Situation der Jugendlichen in ganz Europa. In den Suchfilter z.B. "Jugend", Jugendliche" oder "Jugendarbeitslosigkeit" eingeben.
 http://videos.www4.arte.tv/de/videos
- Auf Youtube sind rund um das Thema Krise einige interessante Filme zu finden, u. a. der Beitrag Die Eurokrise mal einfach erklärt (7,52 Min.).

GRUPPE "UNTERNEHMERINNEN" ONLINE-TIPPS:

- Kurier Online (14.9.2012): Wie Österreich die Euro-Schuldenkrise spürt http://kurier.at/wirtschaft/ 4507529-wie-oesterreich-dieeuro-schuldenkrise-spuert.php
- Weitere Tipps s.o., z.B. Die simpleshow erklärt die Finanzkrise auf Youtube (ca. 4 Min).

GRUPPE "BANKEN"

ONLINE-TIPPS:

- Banken: EU gefährdet Sparerschutz (diepresse.com, 13.9.2012), http://diepresse.com/home/wirtschaft/ eurokrise/1289992/Banken_EU-gefaehrdet-Sparerschutz
- Sendung Hart, aber fair (Bürger gegen Banken, 24.10.2011, WDR, Dauer: 77 Min.) auf Youtube. www.youtube.com > Bürger gegen Banken

Schritt 4: Fishbowl-Diskussion (20 Min.)

Nach der Vorbereitung in der Gruppe bietet sich eine Fishbowl-Diskussion an, bei der auch in großen Klassen viele SchülerInnen zu Wort kommen können. Dabei bestimmt jede Gruppe eine Vertreterin/einen Vertreter, die oder der die Diskussion führt.

Die GruppenvertreterInnen bilden einen Innenkreis (zusätzlich ein leerer Sessel und die/der Moderator/in). Alle anderen sitzen im Außenkreis. Die TeilnehmerInnen des Innenkreises diskutieren ihre Lösungsvorschläge und erarbeiten daraus eine gemeinsame Lösungsperspektive. Auf dem leeren Sessel kann jedeR aus dem Außenkreis Platz nehmen, um Ideen einzubringen, verlässt diesen Platz dann aber wieder. Die im Außenkreis Sitzenden beobachten die Diskussion und dürfen während dieser Phase nicht sprechen.

Die Gruppe der Diskussionsleitung sorgt für einen geregelten Ablauf der Diskussion (sachliche Argumentation, keine persönlichen Verletzungen, nur der Innenkreis darf diskutieren). Höchstbemessene Redezeit pro Rede: 3 Minuten.

Schritt 5: Auswertung und Reflexion (10 bis 15 Min.)

Nach ca. 25 bis 30 Minuten fasst die Gruppe der DiskussionsleiterInnen (ev. gemeinsam mit der Lehrkraft) die wesentlichen Argumente und Ergebnisse zusammen. Hinweis: Es kann auch eine Abstimmung stattfinden (z.B. "Welche Argumente waren am überzeugendsten?).

Die Lehrkraft fragt abschließend, wie es den SchülerInnen in ihrer Gruppe bzw. in der Diskussion ergangen ist:

- Wie haben die GruppenvertreterInnen die Diskussion geführt (Gesprächskultur)?
- Haben alle ihre Meinung einbringen können? Wie war die Gruppenzusammenarbeit?
- Sind alle Argumentationen verstanden worden?



Ablauf

- Wo gab es die größten inhaltlichen Unterschiede?
- Ist das Ergebnis der Abstimmung für alle annehmbar?

ALTERNATIVE: Debattierclub

Die Debatte ist eine besondere Form der Diskussion mit einer strikten Ordnung. Zeitlich begrenzte Reden der Pro- und Contraseite folgen aufeinander, wobei darauf Wert gelegt wird, auf die Vorrede einzugehen. Auch Zwischenfragen und -rufe sind klar geregelt.

Debatten zeichnen sich im Besonderen dadurch aus, dass es Teams (Häuser) sind, die gegeneinander antreten. Zwei Seiten vertreten einander ausschließende Positionen: Pro ("Regierung") und Contra ("Opposition"). Die Debatte ist eine interessante Methode, die ein ganzes Bündel an Kompetenzen fördert, von der Fach- über die Methoden- und Sozial- bis zur Selbstkompetenz.

Auch für die Thematik der Wirtschafts- und Schuldenkrise eignet sich die Debatte, wobei es sich hier als sinnvoll erweist, zwei bis drei Debatten einzuplanen.

Literatur

Lindner, Johannes u.a.: Entrepreneur: Misch dich ein – der Debattierclub, Wien: Initiative für Teaching Entrepreneurship, 2011. Bestellung: cafe@frischzelle.at (Schutzgebühr 10,-€). Kostenfrei im Rahmen eines Debattierclub-Zyklus der KPH Wien/Krems. www.debattierklubwien.at

2.4 KOMPETENZCHECK: LERNAUFGABEN

Die folgenden vier Übungen eignen sich zur Vertiefung des erworbenen Wissens. Die Lösungshinweise stellen Musterlösungen dar und erheben keinen Anspruch auf Ausschließlichkeit oder Vollständigkeit.



Arbeitsaufgabe 1: Wirtschaftskrise

Dein/Ihr Schulfreund Felix meinte letzte Woche: "Die Wirtschaftskrise geht uns zum Glück nichts an!"

- Bist du/sind Sie auch seiner Meinung?
- Führen Sie an/führe an, wie drei unterschiedliche Wirtschaftseinheiten Unternehmen, private Haushalte, Staat von der/n Krise(n) betroffen sind bzw. mit welchen Konsequenzen.

Lösungsmöglichkeiten zu Arbeitsaufgabe 1:

Unternehmen: Die enormen Kursverluste an den Aktienmärkten sind mit negativen Vermögenseffekten verbunden: Viele Anleger und Anlegerinnen haben viel Geld verloren und schränken ihre Nachfrage ein. Dadurch müssen viele Unternehmen ihre Produktion zurückfahren und Arbeitskräfte entlassen. Unternehmen schränken auch ihre Investitionen ein. Die Nachfrage ist in vielen Branchen eingebrochen, betroffen sind vor allem langlebige Konsumgüter, wie z. B. Autos und Luxusartikel, aber auch der Transportsektor und die Schwerindustrie. Nicht zu unterschätzen sind hierbei die negativen Konsequenzen einer Insolvenz für viele Zulieferunternehmen. Zudem ist es in Zeiten der Krise für die Realwirtschaft schwieriger geworden, Kredite zu lukrieren (Stichwort: "credit crunch" – Kreditklemme).

Private Haushalte: Viele ArbeitnehmerInnen haben ihren Job verloren und müssen sich dadurch auch privat einschränken – der Konsum geht zurück. Durch Spekulationen haben viele Geld verloren und verringern deswegen ebenfalls ihren Konsum. Sie sind vorsichtiger geworden in ihren Anlagestrategien und -entscheidungen. Auch Personen, die in Lebensversicherungen oder Pensionsfonds ihr Geld veranlagt haben, sind betroffen.

<u>Staat</u>: Einerseits nimmt der Staat durch eine verringerte Nachfrage weniger Steuern ein. Andererseits versucht der Staat durch vielerlei Maßnahmen, die Folgen der Krise(n) abzuschwächen (Stichwort: Bankenrettung, Rettungsschirm im EU-Raum). Dies erhöht unter anderem die Staatsverschuldung. Maßnahmen zum Schuldenabbau werden jede/n einzelne/n StaatsbürgerIn treffen (siehe Arbeitsaufgabe 2).

Arbeitsaufgabe 2: Verschuldung

Viele EU-Staaten klagen über hohe Verschuldung. Welche Möglichkeiten des Schuldenabbaus werden momentan in Österreich diskutiert und wie wirken sich diese auf in Österreich lebende Menschen aus?

Die SchülerInnen sollen drei Maßnahmen anführen. Was wären die unmittelbaren Auswirkungen der Maßnahmen?

Lösungsmöglichkeiten zu Arbeitsaufgabe 2:

- 1. Einsparungen in der Verwaltung (Verwaltungsreform): Die Staatsaufgaben sollen bedarfsorientiert wahrgenommen und Bürokratie abgebaut werden (Stichwort "Bürgernähe"). Es wird angestrebt, das Kostenbewusstsein zu schärfen. Dadurch werden Arbeitsplätze in der Verwaltung verloren gehen und es wird Gehaltseinbußen geben.
- 2. Einschränkungen bei den Frühpensionen: Die Österreicher und Österreicherinnen können nur mehr mit hohen Abstrichen in die Frühpension gehen. Die Betroffenen werden daher sofern möglich länger im Berufsleben verbleiben oder eben weniger Pension erhalten.
- 3. Erhöhung des Pensionsantrittsalters: Durch die Anhebung des Pensionsantrittsalters müssen die ÖsterreicherInnen länger arbeiten. Die Folgen bekommen auch die Jugendlichen am Arbeitsmarkt zu spüren.
- 4. Einführung neuer Steuern: Schenkungssteuer, Erbschaftssteuer, Umwidmungssteuer, Solidarbeitrag ab einem Bruttojahreseinkommen von € 500.000,00 werden u. a. diskutiert. Eine angedachte Erhöhung der Mineralölsteuer geht zu Lasten der AutofahrerInnen.
- 5. Einsparungen im Bereich von Förderungen: Bei verschiedenen Berufs- bzw. Bedarfsgruppen (Landwirtschaft, ÖBB) wird eine Kürzung von diversen Förderungen diskutiert.
- 6. Gesundheitssystem (u. a. Spitalsreform): Im Gesundheitswesen wurden schon Einsparungsmaßnahmen durchgeführt und es sind weitere geplant. Bestimmte Gesundheitsleistungen werden nicht mehr oder nur mehr eingeschränkt angeboten, die Bettenanzahl in den Spitälern wird reduziert

Arbeitsaufgabe 3: Finanzkrise im Ablauf

Die SchülerInnen sollen die Ereignisse der Finanzkrise bzw. Wirtschaftskrise in ihrer zeitlichen Abfolge reihen (von 1 bis 6).

- a) Das Vertrauen der Banken untereinander und das Vertrauen in Wertpapiere sanken rapide. Die Kurse der Wertpapiere fielen, der Markt brach zusammen. Viele Firmen, aber auch Privatleute verloren (viel) Geld.
- b) Die Realwirtschaft bekam die Folgen zu spüren. Die Stimmung an der Börse war von Panik geprägt. Unternehmen verloren an Wert. Banken sind deutlich vorsichtiger geworden, Kredite untereinander und an Firmen zu vergeben. Der Abwärtsstrudel zog die Wirtschaft nach unten. Unternehmen mussten schließen. ArbeitnehmerInnen wurden entlassen.
- c) Banken verliehen viele Milliarden Dollar an KreditnehmerInnen mit zweifelhafter Bonität. Sie sahen großzügig darüber hinweg, wenn SchuldnerInnen über wenig oder gar keine Sicherheiten verfügten. Ein beispielloser Boom auf dem amerikanischen Häusermarkt setzte ein, der auf leichtsinnige KäuferInnen und unseriöse FinanzberaterInnen traf. Banken bündelten gute und schlechte Kredite in Wertpapiere und verkauften diese als sichere Geldanlagen weiter, unter anderem auch nach Europa.
- d) Die ersten Banken begannen zu straucheln, als Folge der ausgebliebenen Zahlungen von KreditnehmerInnen. Banken konnten selbst ihre Schulden nicht mehr zahlen, die ersten Banken gingen pleite.
- e) Nach dem 11. September hatte die US-Notenbank eine Politik der niedrigen Zinsen betrieben. Nach den Terroranschlägen sollte so eine Panik verhindert werden.
- f) Wertpapiere wurden immer höher gehandelt und millionenfach verkauft, obwohl kein realer Wert dahinter stand. Die Blase wuchs.

Lösungshinweise zur Reihenfolge: e), c), f), d), a), b)



3 Links, Materialien, Organisationen

Unterrichtsmaterialien/Links

Dossier Finanzmärkte (Geld, Wertpapiere, Kredite, Devisen u.v.m.) der Bundeszentrale für politische Bildung (D, www.bpb.de):

www.bpb.de/politik/wirtschaft/finanzmaerkte/

Materialien und Hefte von polis aktuell von Zentrum polis zum Thema Wirtschaft im polis Shop > Filter "Wirtschaft und Politik":

www.politik-lernen.at > Shop

Wirtschaft und Politik.

Informationen zur Politischen Bildung Nr. 33, 2010. Forum Politische Bildung (Hrsg.), siehe auch Seite 4 dieses Hefts

www.politischebildung.com/?Sel=471

Themenschwerpunkt "Nachhaltigkeit in Wirtschaft und Bildung" (für Jugendliche zwischen 16 und 24 Jahren) Ein Projekt des Forums Umweltbildung zu nachhaltigen Geschäftsmodellen, Micro Project Funds u.v.m. www.umweltbildung.at/cms/c1/c1_12729.htm

Nachhaltigkeit. Unternehmen. Neue Jobs. Workshopkonzept für nachhaltige Geschäftsmodelle und Sustainability Entrepreneurship für den Einsatz im schulischen Bereich (ab 16 Jahren). Kostenloser Download: www.umweltbildung.at/cms/download/1603.pdf

Thaler, Karin [RedIn]: Globalisierung verstehen. Menschen - Märkte - Politik. Methoden für den Unterricht Praxismappe Globales Lernen (Sekundarstufe II). Wien: BMUKK/BAOBAB, 2010. Beilage: DVD

Informationen zur politischen Bildung, Heft 299. Internationale Wirtschaftsbeziehungen.

Bonn, 2008, 66 Seiten. (Bestellnummer: 4299) www.bpb.de/izpb/8163/editorial

Fluter (Magazin der Bundeszentrale für politische

Ausgabe Nr. 41 (Winter 2011/2012): Was regiert die Welt? Thema Geld. Informationen und Download:

www.fluter.de/de/qeld/heft/9999/

Ausgabe Nr. 10 (April 2004): Sein und Haben. Das Wirtschaftsheft.

www.fluter.de/heftpdf/issue26/artikel2848/pdf_article 2848.pdf

Broschüren und Publikationen der Wiener Börse: www.wienerborse.at/service/publications/

Unterrichtspaket (Schutzgebühr 10,-€):

www.wienerborse.at/beginner/teacher/unterrichtspaket /detail.html

Börsewissen für Jugendliche:

www.borse4me.at/

Alternatives Finanzsystem

Finanzbegriffe, Fragen zur Transaktionssteuer, alternatives Finanzsystem in 30 Sekunden oder 3 Minuten erklärt, demokratische Bank u.v.m. auf der Webseite von ATTAC (internationale Bewegung, die sich für eine demokratische und sozial gerechte Gestaltung der globalen Wirtschaft einsetzt).

www.attac.at/themen/alternatives-finanzsystem/in-3minuten/situation.html

Shop von ATTAC Austria: www.attac.at > Shop

Gemeinwohl-Ökonomie und alternative Wirtschaftsordnung (Verein zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie, gegründet 2011)

www.gemeinwohl-oekonomie.org/uber-uns/gwo-in-3min/

Bücher

Althammer, Jörg et al. (Hrsg.): Handbuch ökonomischpolitische Bildung.

Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2007 Der Band fokussiert auf Themenfelder im Überschneidungsbereich von Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaft (Fachbeiträge und fachdidaktische Perspektiven).

Nützel, Nikolaus: 7 Wege reich zu werden - 7 Wege arm zu werden. (Wissenschaftsbuch des Jahres 2011 der Kategorie "Junior Wissensbücher").

München: cbj Verlag, 2010

Ökonomische Zusammenhänge für Kinder/Jugendliche ab 12 Jahren erklärt. Das Buch beschäftigt sich mit Fragen

wie: Warum verhungern Menschen – wenn die Welt doch immer reicher wird?

Filme

Die Eurokrise mal einfach erklärt (Youtube, 7,52 Min., Zeichentrickfilm) www.youtube.com > Die Eurokrise mal einfach erklärt

Die simpleshow erklärt die Finanzkrise (Youtube, 4,5 Min., Zeichentrickfiilm) www.youtube.com > Die simpleshow erklärt die Finanzkrise

Wie entsteht eine Finanzkrise?

www.planet-schule.de/wissenspool/finanzkrise/inhalt/ sendung.html Vier Szenen (jeweils ca. 4 bis 6 Minuten) veranschaulichen das Entstehen der Krise(n) und die Auswirkungen. Arbeitsblätter: Geldkreislauf der Bank, Immobilienkrise etc.

www.planet-schule.de/wissenspool/finanzkrise/inhalt/ unterricht/wie-entsteht-eine-finanzkrise.html#

Let's make money

Der Film verfolgt den Weg des Geldes im globalen Finanzsystem. Die Webseite zum Film bietet Hintergrundinformationen sowie Arbeitsblätter für den Unterricht .
www.letsmakemoney.at

Voices of Transition – Trailer (deutsch, ca. 5 Minuten)
Der Trailer des Dokumentarfilms über den Wandel zur
Agrarökologie und zu mehr lokaler Nahrungssicherheit
eignet sich gut als Impuls für eine Diskussion über alternative Wirtschafts- und Energiekonzepte.
http://vimeo.com/12692660

Planspiele

ECO-Mania – das volkswirtschaftliche Planspiel Das Planspiel hilft, wichtige Begriffe zu klären und volkswirtschaftliche Zusammenhänge zu begreifen.

www.eco-mania.at

EU-Wirtschaftspolitik: Die Europäische Zentralbank Auf den LehrerInnenseiten der Europäischen Zentralbank finden sich unter anderem zwei Planspiele: "€comania" zur Geldpolitik und "Inflation Island" über Inflation. www.ecb,europa.eu/ecb/educational/html/index. de.html

Englischsprachiges Online-Spiel *Budget Europe* (entwickelt von Upact). Thema: Wie soll das Geld in der EU ausgegeben werden? www.budgeteurope.eu

Workshops/Seminare

Globalisierung verstehen. Menschen – Märkte – Politik. Einführung in die Praxis "Globalen Lernens". Praxisorientiertes Bundesseminar für Lehrkräfte der Sekundarstufe II. www.baobab.at/fortbildung

Workshops von ATTAC zu den Themen Globalisierung und Finanzmärkte

www.attac.at/uploads/media/Schulworkshop_Globali sierung_Finanzmaerkte.pdf

Wettbewerb

Im Rahmen des KONSUMENT-SchülerInnenwettbewerbs "jetzt teste ich!" vergibt die Oesterreichische Nationalbank den Sonderpreis "Wirtschaft und Finanzen". Jugendliche können aus vier Themenbereichen wählen und neuerdings z.B. die Medienberichterstattung zu Wirtschafts- und Finanzthemen unter die Lupe nehmen. www.konsument.at/jetzt-teste-ich > OENB "Wirtschaft und Finanzen"

polis aktuell: Von der Finanz- zur Wirtschaftskrise. Und was hat das mit mir zu tun?, Nr. 6/2012 Herausgeber: Zentrum polis – Politik Lernen in der Schule, Helferstorferstraße 5, 1010 Wien T 01/42 77-274 44, service@politik-lernen.at, www.politik-lernen.at

Autorin dieser Ausgabe: Elisabeth Turek (Unterrichtsbeispiele ab Seite 8 von Johannes Lindner, redaktionell bearbeitet von Elisabeth Turek)

Titelbild: fotolia.de, Bilder im Kern: fotolia.de, Grafiken: Iris Wagner, Johannes Lindner

Zentrum *polis* arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur –

Abteilung I/6. Projektträger: Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte – Forschungsverein





THEMENBLÄTTER WIRTSCHAFT & FINANZEN



Die Entstehung der Finanzkrise

Die Erklärung der Entstehung der Finanzmarktkrise ist nach wie vor umstritten und wird Wirtschaftshistoriker noch jahrzehntelang beschäftigen. Bereits jetzt lässt sich aber feststellen, dass die Krise nicht monokausal erklärt werden kann. Die Krisenursachen lassen sich in zwei Bereiche untergliedern: Einerseits in makroökonomische Ursachen und andererseits in Entwicklungen, die innerhalb des Finanzsystems auftraten. Unter den makroökonomischen Ursachen spielen vor allem die internationalen Ungleichgewichte eine bedeutende Rolle, die es einzelnen Sektoren in einigen Ländern (z. B. USA) ermöglichten, einen sehr hohen Verschuldungsgrad aufzubauen. Innerhalb des Finanzsektors sind vor allem die Umgehung von Regulierung, verfehlte Anreizstrukturen und Interessenskonflikte für die Krisenentstehung maßgeblich:

Autor: Stefan W. Schmitz, Abteilung für Finanzmarktanalyse



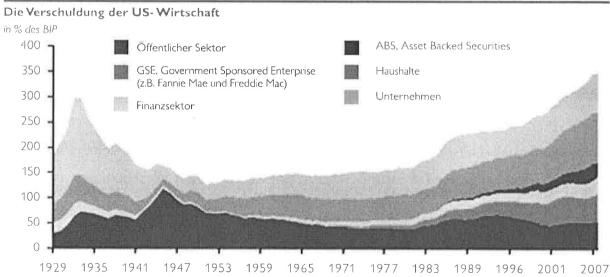
Makroökonomische Ursachen

Seit Mitte der 1990er Jahre waren sowohl die kurz- als auch die langfristigen Zinsen im historischen Vergleich sehr niedrig. Niedrige Inflationsraten ermöglichten es einerseits Zentralbanken, die kurzfristigen Zinsen auf niedrigem Niveau zu halten und führten andererseits zu niedrigen Inflationserwartungen, wodurch auch die langfristigen Zinsen relativ niedrig waren. In diesem Kontext spielten globale Ungleichgewichte (vor allem die hohen Leistungsbilanzdefizite der USA und die hohen Leistungsbilanzüberschüsse Chinas, Japans und der Bundesrepublik Deutschland) eine bedeutende Rolle. Die auf internationale Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten Wachstumsstrategien der Überschussländer führten zu einem starken Abwärtsdruck auf die Lohnstückkosten, was sich in den Defizitländern inflationshemmend auswirkte. Die Leistungsbilanzungleichgewichte wurden durch Kapitalströme ausgeglichen: die Überschussländer hatten hohe Sparquoten und akkumulierten US-Dollar Vermögen, die sie wiederum vor allem in den USA anlegten, wodurch der Druck auf die langfristigen US-Zinsen verstärkt wurde. Das Spiegelbild der hohen Sparquoten in den Überschussländern war die außergewöhnlich niedrige Sparund hohe Konsumquote der US-Haushalte. Ermöglicht wurde diese niedrige Sparquote durch steigende Vermögenspreise, die den US-Haushalten das Gefühl gaben, auch ohne zusätzliche Sparleistung über steigende Vermögen verfügen zu können. Ungerechtfertigtes Vertrauen in die niedrige Volatilität und den kontinuierlichen Anstieg der Vermögenspreise (vor allem US-Hauspreise und Aktienkurse) führten zu einer Blase der Vermögenspreise. Haushalte, Banken und nicht-finanzielle Unternehmen konnten sich auf Basis steigender Vermögenspreise und damit steigender Werte von Kreditsicherheiten immer höher verschulden, wodurch die Verschuldungsquote der gesamten US-Wirtschaft stark auf rund 350% des BIP anstieg (Grafik 1; aufgrund von Doppelzählungen in der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der USA ist der Anstieg der Verschuldungsquote seit Mitte der 1990er Jahre von größerer Relevanz als das Niveau).

Entwicklungen innerhalb des Finanzsektors

Eine zentrale Rolle für die Entstehung der Krise spielten Änderungen im Geschäftsmodell der Banken. Während Banken früher den überwiegenden Teil der Kredite, die sie vergaben, auch über die gesamte Laufzeit in den Bilanzen behielten, gingen sie in den 1990ern dazu über, einen wachsenden Anteil zu Wertpapieren zu bündeln und weiterzuverkaufen. Die Banken konnten dadurch einige Vorteile lukrieren: Erstens wurde das Volumen an illiquiden Krediten in der Bilanz reduziert, was die Liquidität der Bankbilanz (scheinbar) erhöhte. Zweitens reduzierte dies die Eigenmittelerfordernisse der Banken. Drittens wurde der Ver-

Grafik 1



Quelle Deutsche Bank Lederal Reserve, The Statistical History of the United States, From Colonial Times to the present, Von Ben Wattenberg



kauf der langfristigen Kredite häufig über Zweckgesellschaften abgewickelt, die ihrerseits kurzfristig refinanziert waren.

Die Zweckgesellschaften gingen also zugunsten niedriger Refinanzierungskosten ein sehr hohes Liquiditätsrisiko ein: eine Strategie, die den Banken selbst durch bestehende Liquiditätsvorschriften deutlich erschwert wurde. Ein Gutteil der mit der Verbriefung verbundenen Gewinne wurde also durch Umgehung von Eigenmittel- und Liquiditätsregulierung erwirtschaftet. Solange die damit verbundenen Risiken nicht schlagend wurden, konnten hohe Gewinne verbucht werden.

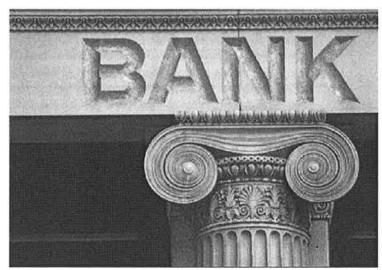
Davon profitierten auch die Bankangestellten, deren Boni mit den steigenden Gewinnen wuchsen. Die Boni mussten aber bei Schlagendwerden der Risiken nicht zurückgezahlt werden, wodurch sich für die Bankangestellten suboptimale Anreize ergaben, die kurzfristigen Gewinne unter Außerachtlassung der langfristigen Risiken zu erhöhen. Aber nicht nur in der Gehaltsstruktur zeigten sich Anreizprobleme, auch im auf Verbriefung¹ basierenden Geschäftsmodell selbst. Ursprünglich mussten Banken die ersten Verluste, die sich aus dem Ausfall von verbrieften Krediten ergaben, selbst tragen. Sie hatten daher einen Anreiz trotz der Verbriefung der Kredite, die Kreditqualität streng zu prüfen. In den letzten Jahren vor der Krise begannen Hedge Fonds auch diese sogenannte "first loss tranch" (jenen Teil der Verbriefung, der die ersten Verluste zu tragen hatte und bis dahin von Banken gehalten wurde) zu kaufen.

Dadurch reduzierten sich für die Banken die Anreize, die Kreditqualität streng zu prüfen, während die Anreize anstiegen, möglichst viele Kredite zu vergeben und zu verbriefen. Da in den USA bereits sehr viele der kreditwürdigen Haushalte Kredite aufgenommen hatten, mussten neue Kundenschichten erschlossen werden. Erstens begannen Banken daher auch an Haushalte, die bereits Hypotheken hatten, Kredite zu vergeben. Zahlreiche Haushalte hatten bereits Teile der Kredite abbezahlt, während zugleich die Hauspreise stiegen. Die dadurch entstehende Differenz zwischen Wert der Sicherheit (Haus) und ausstehendem Kredit wurde von Banken wiederum als zusätzlicher Kredit angeboten (sogenannter "equity withdrawal"). In der Folge stieg die Verschuldung der

Haushalte in Relation zum verfügbaren Einkommen stark an. Auch wandten sich die Banken Kundenschichten zu, die als wenig kreditwürdig galten und vergaben an diese Hypotheken (sogenannte "subprime mortgages"). Da die Einkommen dieser Kundenschicht häufig sehr niedrig waren, boten die Banken besonders niedrige Anfangszinsen (sogenannte "teaser rates") sowie rückzahlungsfreie Zeiten, so dass die tatsächliche finanzielle Belastung für die Kreditnehmer erst nach einiger Zeit erkennbar wurde. Um diese Kundenschichten zu erreichen, bedienten sich die Banken zudem häufig Kreditvermittlern. Diese übernahmen weitgehend auch die Kreditwürdigkeitsprüfung, hatten jedoch keinerlei Anreize, diese besonders genau durchzuführen. Ihre Provisionen waren unabhängig von der zugrundeliegenden Qualität der gekeilten Kredite.

Die Rolle der Ratingagenturen

Die Konstruktion der Verbriefungen war sehr aufwendig und komplex. Das Risiko für die Investoren sollte durch zahlreiche Details reduziert werden. Erstens mussten die Verbriefungen von Ratingagenturen bewertet werden. Um an das begehrte AAA-Rating heranzukommen, ließen sich die verbriefenden Banken häufig von denselben Ratingagenturen beraten, die das Rating schließlich erstellten. Zudem wurden die Ratingagenturen von den verbriefenden Banken

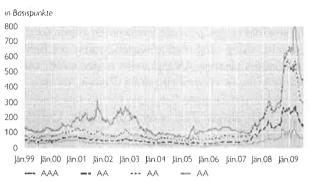


¹ Verbriefung: Bündelung von zukünftigen Zahlungsströmen (z. B. Rückzahlung von Hypotheken) in einem Wertpapier, das dann auf Kapitalmärkten gehandelt wird.



Grafik 2

Renditenaufschläge für langfristige Unternehmensanleihen im Euroraum



Quelle: Thomson Reuters.

(statt zum Beispiel von den Investoren) für das Rating selbst bezahlt. Beides führte zu Interessenskonflikten und Anreizproblemen, worunter die Qualität der Ratings litt. Die Verbriefungen waren so komplex, dass die Investoren die tatsächlichen Risiken nicht einschätzen konnten. Zahlreiche Investoren verließen sich auf die Bewertungen durch die Ratingagenturen. Oftmals wurden sie darin durch regulatorische Bestimmungen bestärkt, die auch auf Bewertungen durch Ratingagenturen verwiesen (zum Beispiel Basel II).

Risikostreuung durch Kreditversicherungen

Kreditversicherungen sollten das Risiko für die Investoren zusätzlich reduzieren. Sogenannte Monoline-Versicherungsgesellschaften boten derartige Kreditversicherungen an. Diese Gesellschaften waren ursprünglich zur Versicherung relativ sicherer Anleihen öffentlicher Körperschaften in den USA geschaffen geworden. Erst in den 1990er Jahren erhielten sie die Erlaubnis auch andere, riskantere Anleihen zu versichern.

Diese Ausweitung des Geschäftsmodells ging aber nicht mit einer entsprechenden Erhöhung der Regulierungsintensität oder der Eigenmittelerfordernisse einher. Dadurch ergab sich für die Banken eine weitere Gelegenheit zur Umgehung von Regulierungen: Die Banken konnten durch die Kreditversicherung die Eigenmittelerfordernisse für ihre Assets reduzieren; die Monoline-Versicherungen mussten aber ihre Eigenmittel nicht im selben Maße erhöhen.

Seitens der Investoren zeigte sich ab 2003 eine Reduktion des Risikobewusstseins: Die Zinsdifferenz zwischen riskanteren und weniger riskanten Wertpapieren ging

zurück und stieg erst wieder mit dem Beginn der Finanzkrise (Grafik 2). Weder die hohe Komplexität vieler Anlegeprodukte noch die evidenten Anreizprobleme, die bei ihrer Erstellung zu Tage traten, konnten die Investoren zu mehr Risikobewusstsein veranlassen. Das Korrektiv der Marktdisziplin versagte.

Das Zusammenwirken von makroökonomischen Ursachen und Entwicklungen im Finanzsystem

Als die ersten "sub-prime mortgages" im Frühling 2007 ausfielen, wurden die Schattenseiten der Verbriefungen sichtbar. Trotz anfänglich niedriger Ausfallsraten fielen die Marktpreise der verbrieften Kredite stark. Die Marktpreise spiegelten den gegenwärtigen Wert aller zukünftig zu erwartenden Kreditrückzahlungen und Zinsen wider. Die anfänglich niedrigen Ausfallsraten reichten aus, um einen deutlichen Anstieg der Erwartungen zukünftiger Ausfallsraten auszulösen und wirkten sich so überproportional negativ auf den Marktwert aus.

Die Investoren wurden durch den starken Preisverfall verunsichert, da sie aufgrund der ausgezeichneten Ratings davon ausgingen, die Papiere wären besonders sicher. In der Folge trocknete der Markt für neue und für bestehende Verbriefungen (und andere ähnlich komplexe Finanzprodukte) weitgehend aus, d. h. es waren kaum Käufer zu finden, so dass in vielen Fällen keine Marktpreise mehr zustande kamen, Der Marktpreisverfall hatte auch für die Zweckgesellschaften, die für die Verbriefungen gegründet wurden, negative Konsequenzen. Sie refinanzierten den Kauf der zu verbriefenden langfristigen Kredite von den Banken teilweise über die Emission kurzfristiger Wertpapiere. Die potenziellen Käufer dieser kurzfristigen Wertpapiere wurden durch den Preisverfall der Verbriefungen gegenüber dem hohen Liquiditätsrisiko dieser Zweckgesellschaften skeptischer. In der Folge waren viele Banken gezwungen, die Kredite aus den Zweckgesellschaften wieder in ihre Bücher zu nehmen, da sie am Markt nicht mehr refinanziert werden konnten. Zusätzlich mussten die Banken häufig die Rückzahlung der von den Zweckgesellschaften begebenen kurzfristigen Wertpapiere übernehmen. Sowohl die Umgehung der Eigenmittelerfordernisse als auch jene der Liquiditätsvorschriften durch die Banken mussten rückgängig gemacht werden.



Grafik 3



Der Vertrauensverlust mündet in eine Solvenzkrise

Um den entsprechenden Vorschriften gerecht zu werden, benötigten die Banken zusätzliche Liquidität und zusätzliche Eigenmittel. Da die Investoren nun aber gegenüber dem neuen Geschäftsmodell der Banken wesentlich skeptischer waren, stiegen die Preise für Liquidität im August 2007 stark an. Zu Beginn erschien die Finanzkrise vor allem eine Liquiditätsund Vertrauenskrise zu sein, die das gesamte globale Bankensystem sowie zahlreiche Segmente des globalen Kapitalmarktes (vor allem den Markt für Verbriefungen und komplexe Finanzprodukte) erfasste.

In den folgenden Monaten zeigte sich jedoch zunehmend, dass es sich um eine Krise der Zahlungsfähigkeit (Solvenzkrise) handelte. Da die Verbriefung von Krediten nicht mehr funktionierte, wurden weniger Hypotheken vergeben. In zahlreichen Ländern (z. B. USA, Spanien, Irland, Vereinigtes Königreich) platzte in der Folge die Hauspreisblase (Grafik 3).

Die Verschuldungsquoten in zahlreichen Ländern überstiegen die historischen Durchschnittswerte (vor allem den USA) deutlich, während die Werte der Kreditsicherheiten (Liegenschaften) fielen. Zahlreiche Haushalte, nicht-finanzielle Unternehmen und Banken waren daher überschuldet. Die hohen Verschuldungsquoten drückten auch auf andere Vermögenspreise (vor allem Aktien und Anleihen). Das Vermögen der Haushalte schrumpfte. In der Folge mussten die Haushalte wieder mehr sparen, um die Verschuldungsquote

zu reduzieren. Da das Wirtschaftswachstum vor allem in den USA stark vom wachsenden Konsum getragen wurde, mussten daher die erwarteten Wachstumsraten nach unten korrigiert werden. Eine Rezession drohte, wodurch die Vermögenspreise weiter sanken.

Der Kampf um die Reduzierung der Schulden

Neben den Haushalten mussten auch die nicht-finanziellen Unternehmen ihre Verschuldungsquote reduzieren, um der Insolvenz durch Überschuldung zu entgehen. Dadurch verstärkte sich der Druck auf die Umsätze, der eine Konsequenz der geringeren Konsumnachfrage war. Eigen- und Fremdkapital waren aufgrund der fallenden Aktienkurse und der drohenden Rezession teuer und zahlreiche sehr günstig finanzierte Investitionen rechneten sich nicht mehr. Viele nichtfinanzielle Unternehmen mussten daher ihre Geschäftstätigkeit einschränken, um ihre Verschuldungsquote zu reduzieren und die Verluste zu begrenzen. Dies erhöhte die Arbeitslosigkeit, wodurch sich ein negativer Rückkopplungseffekt auf das Wirtschaftswachstum ergab.

Für Banken war es besonders schwierig, ihre hohe Verschuldung zu reduzieren: Erstens stieg ihr Kapital- und Liquiditätsbedarf bereits durch die Rückkehr der verbrieften Kredite in ihre Bilanzen. Zweitens verkauften viele Banken nicht nur Kredite, sondern kauften auch verbriefte Kredite und andere komplexe Finanzprodukte - zum Beispiel zwecks Streuung des Kreditrisikos oder zwecks Umgehung von Eigenmittelvorschriften. Der Marktpreisverfall dieser Produkte führte in Kombination mit dem sogenannten "fair value accounting" (Rechnungslegungsregel, die die Verbuchung von Wertpapieren zum gegenwärtigen Marktwert vorschreibt) zu Verlusten, die ihrerseits wieder das Eigenkapital vieler Banken reduzierten. Um trotz fallenden Eigenkapitals die hohe Verschuldung reduzieren zu können, hatten die Banken zwei Optionen: Einerseits konnten sie zusätzliches Eigenkapital aufnehmen, was aber durch ihre fallenden Aktienkurse, die hohen Verluste und die drohende Rezession erschwert wurde. Andererseits konnten sie Wertpapiere verkaufen, um mit dem Erlös ihre hohen Schulden abzubauen. Dies führte aber zu einem negativen Rückkopplungseffekt, da sich für viele dieser Wertpapiere nur wenige Käufer fanden (eben dies löste den ursprünglichen Preisverfall aus) und die



Marktpreise weiter fielen. Dadurch ergaben sich neue Verluste, so dass sich die Banken in einem "Teufelskreis" befanden. Mit der sich vertiefenden Rezession begannen auch die Insolvenzen und die Kreditausfälle zu steigen. In der Folge brachen einige Banken zusammen (zum Beispiel Northern Rock, Bear Stearns, Lehman Brothers).

Das Finanzsystem am Zusammenbruch

Der Zusammenbruch von Lehman Brothers erschütterte das Vertrauen in das globale Finanzsystem. Seine hohe Verschuldung, die hohe Verschuldung der Haushalte und der nicht-finanziellen Unternehmen sowie die wachsenden Kosten der Refinanzierung und die anhaltende, sich vertiefende Rezession erhöhten die Gefahr einer systemischen Finanzkrise² deutlich. Letztlich mussten Staaten auf der ganzen Welt in Form von Bankenpaketen eingreifen, um einen möglichen Zusammenbruch des globalen Finanzsystems zu verhindern.



Weiterführende und laufende Informationen:

http://www.oenb.at/de/finanzm_stab/finanzmaerkte/entwicklung/entwicklung_finanzmaerkte.jsp

Edian erungen und Erklärungen zu an dessen Franzends.
verwendeten Begriffen finsen sich an Glosser der GeNB unterhitips/www.combat/de/glosse/elemm_sage

Medieninhaber und Herausgeber: Oesterreichische Nationalbank 1090 Wien Stand: Juni 2009

² Von einer systemischen Finanzkrise spricht man, wenn zahlreiche Komponenten des Finanzsystems (Finanzintermediäre, Kredit-, Anleihe-, Aktien- oder Geldmärkte) von einer Krise erfasst werden.





THEMENBLÄTTER WIRTSCHAFT & FINANZEN



Die Entstehung der Finanzkrise



Aufgaben:

1.	Im Themenblatt ist von den "makroökonomischen Ursachen" der Finanzkrise die Rede. Was versteht man unter Makroökonomie?
2.	a) Wie kommt es zu Leistungsbilanzdefiziten bzwüberschüssen?
	b) Stellen Sie die Leistungsbilanzentwicklung Österreichs in den letzten fünf Jahren übersichtlich auf einem eigenen Blatt dar. Recherchetipp: http://www.oenb.at/de/stat_melders/datenangebot/internat_vergleiche/leistungsbilanz/leistungsbilanz.jsp
	c) Was ist unter den im Themenblatt genannten "globalen Ungleichgewichten" zu verstehen?
3.	Warum sparten die Amerikaner weniger (seit 2003)?
3.	
3.	
3.	



5.

4.	In die folgende Textpassage haben sich mehrere Fehler eingeschlichen. Stellen Sie den Inhalt unterhalb der abgedruckten Passage in eigenen Worten richtig.
	Eine zentrale Rolle für die Entstehung der Krise spielten Änderungen im Geschäftsmodell der Banken. Die Banken konnten dadurch einige Vorteile lukrieren. Das Volumen an illiquiden Krediten konnte in den Bilanzen erhöht werden, was die Liquidität in den Bankbilanzen senkte. Dadurch wuchsen die Eigenkapitalerfordernisse der Banken.
5.	Wie konnte es möglich sein, dass die Banken vor allem in den USA die für sie geltenden strengen Eigenmittel- und Liquiditätsbestimmungen umgehen konnten?



6.	Warum sind die Ratingagenturen in Verruf gerate	en?
		O ETFECT BY FURTHER CONTROL TO BE A RESPONSIBLE TO THE STATE OF THE ST
7.	Was versteht man unter der "Hauspreisblase"? 2	Zur Erklärung ziehen Sie folgende Grafik heran.
	2	4.5552.4315.5555.555.555.555.555.555.555.555.555
	Entwicklung der Hauspreise in USA in % zur Vorjahres-Periode	
	15	
	10	
	5	PTHEADNESIBATE CONTROL SERVICE SHEETS (CONTROL STORT OF SHEETS)
	O -5	
	-10	We also rest transposses are seen as the constitution of the section of the constitution of the constituti
	-15 -20	9 x 42 x 50 0 x 44 x 50 x 40 x 40 x 40 x 40 x
	Q1 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008	
	■ USA (Case-Shiller) Quelle: EZB, Thomson Reuters	
	3	

		V.,



8.	a) Wie kam es zur Überschuldung von Banken, Unternehmen und Haushalten in den USA?
	b) Welche Konsequenzen hatte es, als Unternehmen und Haushalte in den USA begannen, ihre Verschuldungsrate zu reduzieren?
	1

9.	Zur Abwendung eines möglichen Zusammenbruchs des globalen Finanzsystems schnürten Staaten auf der ganzen Welt "Bankenpakete". Was waren die Eckpunkte der entsprechenden österreichischen Maßnahmen. Recherchieren Sie im Internet und stellen Sie Ihre Ergebnisse in einer PowerPoint-Präsentation dar.

- 10. "Den Banken wird geholfen und bei uns spart man." Diese oder ähnliche Aussagen waren "an Stammtischen" am Höhepunkt der Finanzkrise öfters zu hören. Diskutieren Sie in der Klasse darüber:
 - Warum wurde "den Banken" geholfen?
 - · Was wäre gewesen, wenn keine Unterstützungsmaßnahmen getroffen worden wären?
 - "Wer" half den Banken?
 - War diese Hilfe "ein Geschenk"?



Lösungsvorschläge:

- 1. Die Makroökonomie untersucht die Struktur, die Leistungsfähigkeit, das Verhalten und die Entwicklung der Gesamtwirtschaft.
- 2. Die Leistungsbilanz umfasst die Warentransaktionen, die Dienstleistungstransaktionen und die unentgeltlichen Transfers eines Landes.
 - a) Leistungsbilanzdefizit bedeutet, dass ein Land mehr Waren und Dienstleistungen importiert als exportiert; bei einem Leistungsbilanzüberschuss ist das Gegenteil der Fall.
 - b) Individuelle Schülerlösung
 - c) Als "Globale Ungleichgewichte" werden in diesem Themenblatt die hohen Leistungsbilanzdefizite in den USA sowie die hohen Leistungsbilanzüberschüsse in China, Japan und Deutschland bezeichnet.
- 3. Die niedrige Sparquote in den USA resultierte aus den steigenden Vermögenspreisen, die den US-Haushalten das Gefühl gaben, auch ohne zusätzliche Sparleistung über steigende Vermögen verfügen zu können.
- 4. Eine zentrale Rolle für die Entstehung der Krise spielten Änderungen im Geschäftsmodell der Banken. Die Banken konnten dadurch einige Vorteile lukrieren. Das Volumen an illiquiden Krediten konnte in den Bilanzen erhöht reduziert werden, was die Liquidität in den Bankbilanzen senkte (scheinbar) erhöhte. Dadurch wuchsen reduzierten sich die Eigenkapitalerfordernisse der Banken.
- 5. Die Banken konnten die für sie geltenden strengen Eigenmittel- und Liquiditätsbestimmungen dadurch umgehen, dass sie den Verkauf langfristiger Kredite über Zweckgesellschaften abgewickelt haben, die ihrerseits kurzfristig refinanziert waren.
- 6. Die Ratingagenturen wurden einerseits als "externe" Experten für die Bewertung der Verbriefung der Kredite herangezogen, andererseits führten diese aber auch gleichzeitig als "interne" Experten die Beratung in den verbriefenden Banken für das Rating durch und bewerteten damit in der Folge "sich selbst". Zudem wurden die Ratingagenturen von den verbriefenden Banken für das Rating selbst bezahlt (Interessenskonflikt).
- 7. Die Grafik zeigt den kontinuierlichen Anstieg der Hauspreise zwischen 1999 und 2006 und deren Einbruch ab 2007. Durch Änderungen im Geschäftsmodell der Banken (Stichwort: Verkauf der langfristigen Kredite über Zweckgesellschaften und die damit zusammenhängenden Folgen) reduzierte sich für diese der Anreiz, die Kreditqualität streng zu prüfen. Dadurch stiegen die Anreize, möglichst viele Kredite zu vergeben und zu verbriefen. Die Banken vergaben daher Kredite an bereits verschuldete Haushalte bzw. an Haushalte mit niedriger Bonität (sog. "sub-prime-mortgages"). Ab 2007 wurden sukzessive weniger Hypotheken vergeben, da die Verbriefung von Krediten nicht mehr funktionierte (seit die ersten sub-prime-mortgages ausfielen). Die verschuldeten Haushalte konnten ihre Kredite nicht mehr bezahlen (steig. Ausfallsraten) und waren daher gezwungen, ihre Immobilien zu verkaufen. Es standen daher sehr viele Häuser gleichzeitig zum Verkauf, was zu einem Preisverfall führte. Gesunkene Häuserpreise bei steigenden Zinsen führten zu einem "Dominoeffekt". Die überschuldeten Haushalte waren bei geschrumpftem Vermögen gezwungen wieder mehr zu sparen.



- 8. a) Steigende Verschuldungsquoten der Haushalte führten bei sinkenden Werten der Sicherheiten (Liegenschaften) zur Überschuldung bei Banken. Vorausgegangen waren dem eine Änderung im Geschäftsmodell der Banken mit den bekannten Folgen: Kredite wurden in einem wachsenden Ausmaß zu Wertpapieren (ABS, Asset Backed Securities) gebündelt und häufig an Zweckgesellschaften weiterverkauft. Diese Kredite schienen in den Bankbilanzen nicht mehr auf, was die Liquidität der Institute (scheinbar) erhöhte. Ursprünglich mussten Banken die ersten Verluste, die sich aus dem Ausfall von verbrieften Krediten ergaben, selbst tragen. Sie hatten daher einen Anreiz trotz der Verbriefung der Kredite die Kreditqualität streng zu prüfen. In den letzten Jahren vor der Krise begannen Hedge Fonds auch diese sogenannte "first loss tranch" zu kaufen. Dadurch reduzierte sich für die Banken der Anreiz, die Kreditqualität streng zu prüfen, während der Anreiz stieg, viele Kredite zu vergeben und zu verbriefen mit den daraus resultierenden Folgen (siehe Fragen 3–9).
 - b) Die Konsequenz war ein Sinken des Wirtschaftswachstums.

 Beispiel Haushalte: Die hohen Verschuldungsquoten drückten auch auf andere Vermögenspreise (vor allem Aktien und Anleihen). Das Vermögen der Haushalte schrumpfte. In der Folge mussten die Haushalte wieder mehr sparen, um die Verschuldungsquote zu reduzieren. Da das Wirtschaftswachstum vor allem in den USA stark vom wachsenden Konsum getragen wurde, mussten daher die erwarteten Wachstumsraten nach unten korrigiert werden. Eine Rezession drohte, wodurch die Vermögenspreise weiter sanken.
- 9. Individuelle Schülerlösung
- 10. Individuelle Schülerlösung





"Financial Education"

Unterrichtsmaterialien für: GEOGRAPHIE & WIRTSCHAFTSKUNDE (AHS)

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

FACH & SCHULSTUFE	Geographie & Wirtschaftskunde: 11. Schulstufe (7. Klasse/Oberstufe)
UNTERRICHTSEINHEITEN	6 zu je 50 Minuten
THEMENGEBIET	Das eigene Leben finanzieren Kosten des täglichen Lebens; Haushaltsbudget; Auto- finanzierung
LEUDNI ANDEZLIC	Erkennen der Notwendigkeit, im privaten Haushalt Ausgaben den finanziellen Möglichkeiten entspre- chend zu planen
LEHRPLANBEZUG	 Die Einnahmen- und Ausgabenrechnung bei Unter- nehmen und privaten Haushalten in ihren Grundprin- zipien verstehen
	- Die SchülerInnen sollen
	die Kosten des täglichen Lebens reflektieren können (N2)
	eine Budgetplanung aufstellen und ein Monatsbudget berechnen können (N3)
	finanzielle Entscheidungen treffen können (N3)
ANGESTREBTE KOMPETENZEN¹	verschiedene Haushaltstypen unterscheiden können (N1)
	Einnahmen und Ausgaben typischen Lebens- situationen zuordnen können (N3)
	wichtige Begriffe/Passagen aus dem Verbraucher- kreditgesetz beschreiben können (N2)
	den Unterschied zwischen Kauf mit Eigenmitteln, Kredit und Leasing erklären können (N2)
FÄCHERÜBERGREIFENDE KOMPETENZEN	Analysekompetenz; Handlungskompetenz als zukünftige/r Bankkunde/Bankkundin
BEZUG ZU ANDEREN FÄCHERN	Mathematik: Budgetplanung; Deutsch: Textanalyse (zB Kreditvertrag/Fortsetzung aus GWK 3); Fremdsprache Englisch: Cost of studying in the United States
VORGELAGERTE INHALTE IN DERSELBEN SCHULSTUFE	Deutsch: Textinhalt erfassen; Textsinn verstehen; den Text reflektieren und bewerten

¹ Angabe des Kompetenzniveaus (N) von 1 bis 3, wobei 1=erinnern, 2=verstehen, 3=Bearbeiten von Problemen